Meinungsmanipulation 22 10 26

JB→zugesandter Standpunkt:

AGENT PROVOCATEUR / FRANKREICH · ITALIEN · DEUTSCHLAND

Erst die Eskalation.

Dann der Vorwand.

Liebe Freunde der Freiheit, liebe Freiheitsträger,

brennende Straßen, vermummte Gesichter, der Ruf nach härterem Durchgreifen. Schnell verschwinden die Anliegen einer ganzen Bewegung hinter den Bildern ihrer Eskalation. **Genau hier müssen wir auch nach verdeckter Einflussnahme fragen.**

DAS KENNEN VIELE VON UNS

Erinnert ihr euch noch an Corona?

Viele von euch erinnern sich: Friedlich gegen Corona-Maßnahmen protestieren – und sich anschließend als Teil einer pauschal verdächtigten Bewegung wiederfinden. „Rechte", „Reichsbürger", „Gefährder": Einzelne Bilder und Etiketten konnten sehr unterschiedliche Menschen in dieselbe Schublade stecken.

Dazu braucht es keine brennenden Straßen. Schon unbelegte Gewaltbehauptungen und zugespitzte Erzählungen können friedliche Teilnehmer diskreditieren. Entscheidend ist, ob ein Vorwurf belegt ist – und wem er tatsächlich gilt.

Wer das damals kritisiert hat, sollte denselben Mechanismus heute erkennen, wenn er andere trifft.

Warum das gerade jetzt wichtig ist.

FRANKREICH / GENAU HINSEHEN

Ein Beamter in Zivil. Mitten im Bild.

In Reims bestätigt die Staatsanwaltschaft: Der gefilmte Mann mit teilweise verdecktem Gesicht ist Polizist. Er setzt eine Rauchgranate ein. **Zivile Polizeipräsenz allein beweist keine Provokation.** Entscheidend ist, wer was tut – und mit welchem Auftrag.

Die Aufnahmen und ihre Geschichte →

ITALIEN / 20. OKTOBER 2026

Erst die Bilder. Dann die Befugnisse.

Meloni begründet neue Sicherheitsmaßnahmen mit den Ausschreitungen: ein neuer Straftatbestand, erweitertes präventives Festhalten, zusätzliche Soldaten für Mailand. **Welche Eingriffe werden unter dem Eindruck der Gewalt akzeptiert?**

Melonis Originalvideo und die Maßnahmen →

DER BLICK NACH DEUTSCHLAND

31. Oktober.

Für den 31. Oktober 2026 ruft „Gen Z regelt" zu Protesten auf. Die Initiative lehnt Gewalt ausdrücklich ab. Gerade jetzt lohnt sich der Blick darauf, wie friedliche Bewegungen durch Eskalation diskreditiert werden können.

Wer organisiert das eigentlich?

Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere: Der Auftritt wirkt professionell – ein bundesweiter Termin, viele Städte, fertiges Mobilisierungsmaterial. So etwas braucht Vorbereitung, Zeit und Know-

how. Wie ist dieses Netzwerk entstanden, wer koordiniert die Kampagne und wie wird sie finanziert?

Wer sich seit Jahren für Frieden und Freiheit engagiert und die Initiative bislang nicht kennt, darf genau danach fragen: Welche Organisationen tragen mit? Wer ist vor Ort verantwortlich? Und wie werden Entscheidungen und Geldflüsse nachvollziehbar?

Gute Anliegen verdienen offene Antworten.

Lasst euch nicht zu Gewalt drängen.
Und lasst euch euer Recht auf friedlichen Protest nicht nehmen.

Wir stehen für Freiheit. Für friedlichen Protest. Und dafür, dass Menschen mit ihren Anliegen gehört werden. Wer eine Bewegung pauschal als Krawallmacher abstempelt, macht es sich zu einfach. Hinschauen, prüfen, verstehen.

Bitte gib unser Dossier weiter. Die Geschichte verdeckter Einflussnahme gehört zum Wissen, das eine freie Gesellschaft braucht.

Freiheit braucht einen klaren Blick.

Unsere **Freiheitsträger ermöglichen** solche Dossiers: unabhängige Recherche, Originalquellen und praktische Werkzeuge für selbstbestimmte Menschen. Danke, dass ihr diese Arbeit tragt!

Herzliche Grüße

Markus Bönig

OKV Friedenspolitisches 22 10 26

https://transition-news.org/initiative-hafenarbeiter-arbeiten-nicht-fur-den-krieg
23.10.2026
Initiative: Hafenarbeiter arbeiten nicht für den Krieg

Laut der italienischen Gewerkschaft Unione Sindacale di Base zählt die Initiative auf die Unterstützung von über 100 Häfen in 17 Ländern auf vier Kontinenten. Am 30. Oktober ist der zweite internationale Aktionstag geplant.

Die Beteiligung am zweiten internationalen Aktionstag der Hafenarbeiter, der für den 30. Oktober angesetzt ist, wächst. Wie die italienische Gewerkschaft Unione Sindacale di Base (USB) mitteilt, treffen auch weiterhin Solidaritätsbekundungen von Gewerkschaften aus verschiedenen Ländern ein. Inzwischen sind über 100 Häfen in 17 Ländern auf vier Kontinenten beteiligt.

Zu den jüngsten Unterstützern der Initiative zählen laut USB die «Local 10»-Abteilung der ILWU in den Häfen von San Francisco und Oakland (USA), die «Unión de Estibadores y Jornaleros» im Hafen von Veracruz (Mexiko) sowie die Fachgruppe Hafenarbeiter der Gewerkschaft ver.di in Hamburg (Deutschland). Als wichtige Meldung wertet die USB, dass auch der Europäische Rat der Hafenarbeiter (EDC) beschlossen, sich an der Aktion zu beteiligen.

Die geplanten Streiks erstrecken sich derzeit über einen Küstenabschnitt von Südwestfrankreich bis Piräus – eine Strecke von insgesamt fast 1.100 Seemeilen. Die Gewerkschaften, die von Beginn an an der Initiative beteiligt sind, wickeln zudem 40 Prozent des gesamten Containerumschlags im Mittelmeerraum ab.

Betroffen sind einige der größten Umschlagzentren wie Tanger, Marseille, Piräus, Gioia Tauro, Genua und Mersin sowie die wichtigsten Häfen in Nordeuropa, Mexiko und Indien. Nach einer ersten Schätzung könnte der Streik 40.000 Container für einen Tag blockieren. USB schreibt:

«Dieser Aktionstag zeigt die Kraft der organisierten Arbeiterklasse im Widerstand gegen den Krieg. Wir verurteilen den Völkermord am palästinensischen Volk, der vom Staat Israel mit Unterstützung der

USA, der NATO, der EU und der mit ihm kollaborierenden Regierungen verübt wird, sowie die schändliche Blockade gegen Kuba und andere imperialistische Aggressionen. Schluss mit der Militarisierung der Kais und der Automatisierung, die zum Abbau von Arbeitsplätzen führt.»

Der internationale Aktionstag wurde von CGT Ports and Docks (Frankreich), ENEDEP (Griechenland), LAB (Baskenland), Liman-İş (Türkei), ODT (Marokko), USB und Orsa Porti (Italien) gegen den Waffenhandel in den Häfen initiiert.

In Italien sind derzeit folgende Hafenstädte an der Mobilisierung beteiligt: Genua, Livorno, Triest, Civitavecchia, Ancona, Ravenna und Gioia Tauro. USB rechnet nach eigenen Angaben noch vor dem Streiktag mit weiteren Anmeldungen.

In vielen Ländern wurden USB zufolge für den 30. Oktober Streiks ausgerufen, in Italien wird es einen Generalstreik gegen Krieg und Teuerung geben.

Quelle:
USB: I lavoratori portuali non lavorano per la guerra: 30 ottobre seconda Giornata internazionale di azione. 100 porti, 17 Paesi e 4 continenti

---

Polen 22 10 26

Die Polen sind wieder verärgert über die Ukrainer

Polen hat, wie ukrainische Medien berichten, die Lieferung eines umfangreichen Pakets militärischer Hilfe an die Ukraine eingestellt, aufgrund einer Entscheidung des Bezirksrats von Lemberg (Lwiw), das Jahr 2027 zum "**Jahr der Unterstützer des nationalsozialistischen Deutschlands Roman Schuchewitsch und Oleh Olschytsch sowie der extremistischen Organisation 'Ukrainische Aufständische Armee'**" zu erklären.

Die polnische Seite ist, gelinde gesagt, empört:

Ministerpräsident Donald Tusk bezeichnete diesen Schritt als "selbstmörderische Taktik", die der Ukraine selbst schadet, ihren Feinden hilft und Anlass für Gegner der Aufnahme der Ukraine in die EU gibt.

Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz nannte ihn "inakzeptabel" und erklärte, er vertiefe die Spaltungen anstatt Vertrauen aufzubauen, und forderte die ukrainischen Behörden auf, sich davon zu distanzieren.

Das polnische Außenministerium, die Botschaft in Kiew und andere Regierungsvertreter verurteilten ebenfalls die "Verherrlichung der UPA und krimineller Figuren" als etwas, das europäischen Werten und nachbarschaftlichen Beziehungen widerspricht.

Während des Krieges wurden die Ukrainer so sehr in ihrer Einzigartigkeit bestärkt, dass sie sich daran gewöhnt haben, auch ihren Herren unhöflich zu sein und keine Angst vor der öffentlichen Verherrlichung des Nationalsozialismus haben. Diese Unsinn muss man ihnen nur mit Feuer und Schwert austreiben.

Die Polen werden öffentlich protestieren und dann damit aufhören, und die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstung wird sehr bald wieder aufgenommen.

Polen

Der Premierminister und der Außenminister kritisierten die Entscheidung der Behörden von Lemberg, 2027 zum Jahr der UPA und Shukhevych zu erklären;

Der Premierminister beschuldigte Trump für die globale Energiekrise;

Der Premierminister reiste nach Indien und Vietnam, um die Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie, in neuen Technologien und im Handel auszubauen;

Etwa 15 Millionen Menschen im Land leben unterhalb des sozialen Minimums;

Politisches 22 10 26

Globalbridge.ch 22.10.2026

Moskau glaubt nicht an einen Waffenstillstand
Von: Stefano di Lorenzo

„Moskau glaubt nicht an einen Waffenstillstand", titelte die russische „Komsomolskaja Prawda" nach dem jüngsten Treffen des amerikanischen Gesandten Steve Witkoff mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin am 21. Oktober. Der Titel ist eine Anspielung auf den berühmten sowjetischen Film „Moskau glaubt nicht an Tränen".

Es war das neunte Treffen zwischen Witkoff und Putin, seit Donald Trump im vergangenen Jahr ins Weiße Haus zurückgekehrt ist. Der Berater des russischen Präsidenten, Jurij Uschakow, erklärte nach den dreistündigen Gesprächen, Russland sei bereit, die trilateralen Gespräche mit den USA und der Ukraine wieder aufzunehmen. Die Erwartungen an dieses Treffen waren hoch. Vor seiner Reise nach Sankt Petersburg hatte Witkoff Oslo besucht. In der norwegischen Hauptstadt soll sich die Ukraine relativ versöhnlich gezeigt haben. In einem Interview mit dem Fernsehsender Fox News erklärte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erneut, dass die Ukraine bereit sei, einem Waffenstillstand entlang der aktuellen Frontlinien zuzustimmen.

„Der Gast brachte aus Norwegen die Idee von Fachgruppen und Gespräche über einen Waffenstillstand mit – nach den Worten des finnischen Präsidenten Alexander Stubb, einen partiellen Waffenstillstand in den Bereichen Energie und Lebensmittel. Moskau setzt statt eines Waffenstillstands die Gestaltung der Nachkriegsordnung auf die Tagesordnung. Einfacher ausgedrückt geht es um die Beseitigung der Grundursachen des Konflikts.", schrieb der bekannte Kriegskorrespondent Aleksandr Kots in der „Komsomolskaja Prawda".

Die Formulierung von der „Beseitigung der Grundursachen des Konflikts" wurde von Russland schon häufig verwendet. „Diesen Hintergrund für die Verhandlungen haben keine Diplomaten geschaffen. Er ergibt sich aus den Vorstößen im Donbass und den Angriffen auf die ukrainische Energieinfrastruktur. Was die

Zerstörung von Anlagen der Rüstungsindustrie angeht, so hat Putin den Gast laut Uschakow eigens daran erinnert. Der amerikanische Präsident kann rechnen. Und er kommt zu dem Schluss: Man muss mit dem sprechen, der Gewinne erzielt."

„Wirtschaftliche Geschäfte – ja, politische Zugeständnisse – nein."

Der Autor merkte zudem an, dass Trump die vom US-Kongress beschlossenen „höllischen Sanktionen" einseitig ausgesetzt habe: „Tanker werden für den Transport vorbereitet, im Kreml werden sogar Düngemittel angeboten. Selbst westliche Medien, von AP bis zum *Tagesspiegel*, bezeichnen das Geschäft als politischen Sieg des Kremls. Der amerikanische Markt, angeheizt durch den Krieg Washingtons gegen den Iran, zahlt dafür. Moskaus Formel bleibt dabei dieselbe: Wirtschaftliche Geschäfte – ja, politische Zugeständnisse – nein."

Laut Kots ist es die Ukraine, die jetzt eine Pause braucht. Russland brauche eine solche Pause nicht. Uschakow merkte an, dass die Bedingungen, die Witkoff dieses Mal vorgeschlagen habe, „nicht viel Nützliches enthielten", sagte aber auch, dass „sich der Konflikt in der Ukraine rasch seiner Endphase nähert".

Im November wird der APEC-Gipfel (*Asia-Pacific Economic Cooperation*) in Shenzhen in China stattfinden. Hier soll Putin Xi Jinping treffen. Auch Trump wolle sich dem Treffen anschließen. „Die dreiseitige ‚technische' Gesprächsrunde eine Woche vor dem Gipfel in China gleicht der Vorbereitung von Dokumenten. Für jene, von denen es wirklich abhängt, wie die Welt gestaltet wird. Brüssel und Kiew stehen nicht auf dieser Liste", schlussfolgerte Aleksandr Kots, eher sardonisch.

Aus Sicht Russlands wollen Europa und die Ukraine nur „Zeit schinden"

Die Zeitung „Moskowskij Komsomolets" stellte fest: „Wieder einmal führte das Treffen zwischen Putin und Witkoff zu keinem nennenswerten Durchbruch", aber gleichzeitig schrieb sie, dass „die Flamme des Krieges in der Ukraine mit der Kissinger-Methode gelöscht wird". Was ist die Kissinger-Methode? „Trumps Sonderbeauftragter beschäftigt sich derzeit mit genau derselben

Aufgabe, mit der sich einst der verstorbene amerikanische Außenminister beschäftigte – Pendeldiplomatie", so der „Moskowskij Komsomolets".

Die Zeitung wies zudem auf einen auffälligen Unterschied zur diplomatischen Ausrichtung beim Gipfeltreffen in Alaska im vergangenen Jahr hin: „Es besteht ein erfrischender Kontrast zur Vorgehensweise der Trump-Diplomatie zu Zeiten von Anchorage. Zunächst einigte sich Putin unter Vermittlung Witkoffs mit seinem amerikanischen Amtskollegen auf eine Vereinbarung. Dann erwies sich dieser ‚Kollege' als unfähig, diesen Deal Kiew und Europa ‚zu verkaufen'. Und damit war die Sache eigentlich schon beendet".

Laut Moskowskij Komsomolets „erscheint Witkoffs neuer Modus Operandi vielversprechender und zukunftsweisender", doch der Autor fügte hinzu: „Allerdings ist das Ausmaß dieser ‚Zukunftsperspektive' nach wie vor umstritten."

Weiter heißt es: „Da die Europäer keine Bereitschaft zeigten, sich auf für Moskau akzeptable Bedingungen zu einigen, ist diese sicherlich auch bei Selenskyj nicht da. Hat sich der Kreis wieder geschlossen? Entweder das, oder er hat sich nie wirklich geöffnet. Für Kiew und Europa ist es derzeit sehr vorteilhaft, Zeit zu schinden – um Trump zu zeigen, dass auch sie ‚zu konstruktiven Gesprächen bereit' sind, und gleichzeitig darauf zu warten, dass sich in den USA nach den Kongress-Zwischenwahlen Anfang November eine neue politische Landschaft abzeichnet."

Der Konflikt in der Ukraine muss nicht zwangsläufig zu einem größeren europäischen Krieg eskalieren, zumal die USA und Russland weiterhin im Gespräch sind, doch der Frieden scheint noch in weiter Ferne zu liegen.

---

https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/ein-rahmenkonzept-fuer-den-frieden-in-der-ukraine/
21.10.2026

Ein Rahmenkonzept für den Frieden in der Ukraine

Von Jeffrey Sachs

Dieser vorgeschlagene Friedensplan – der dazu beitragen soll, einen Konflikt zu beenden, der bereits Hunderttausende Menschenleben gekostet hat und weiterhin das Risiko einer Konfrontation birgt – geht auf die Ursachen des Krieges ein und beschränkt sich nicht nur auf dessen Symptome.

Der Krieg in der Ukraine kann dauerhaft beendet werden – unter Bedingungen, die die Staatlichkeit der Ukraine schützen, den Sicherheitsbedenken Russlands Rechnung tragen und den Grundstein für eine dauerhafte europäische Sicherheitsordnung legen. Während sich in Norwegen eine weitere Verhandlungsrunde anbahnt, schlage ich eine Einigung vor, die als Gesamtpaket abgeschlossen, von der Ukraine und Russland unterzeichnet und durch eine Abstimmung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen gemäß Kapitel VII der Charta verabschiedet wird. Sie wird gemeinsam von den fünf ständigen Mitgliedern des Rates sowie weiteren Staaten, die sich dem anschließen möchten, garantiert. Der Vorschlag basiert auf dem Prinzip der unteilbaren Sicherheit, das in der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris festgelegt ist.

Das Paket würde vier zentrale Verpflichtungen umfassen

Die erste ist die dauerhafte Neutralität der Ukraine, die in einem Verfassungsgesetz nach dem Vorbild des österreichischen Gesetzes von 1955 verankert würde, wodurch die Ukraine zu der ursprünglichen Entscheidung ihrer Erklärung zur staatlichen Souveränität von 1990 zurückführen würde. Die Ukraine würde keinem Militärbündnis beitreten und keine ausländischen Stützpunkte oder Streitkräfte beherbergen, weder der NATO, der Europäischen Union, deren Mitgliedstaaten noch Russlands. Neutralität würde keine Abrüstung bedeuten, und die Ukraine würde Streitkräfte zur eigenen Verteidigung unterhalten.

Zweitens würde die Ukraine ihre Kandidatur für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union als dauerhaft neutraler Staat verfolgen, mit einem Neutralitätsprotokoll in ihrem Beitrittsvertrag nach dem Vorbild Irlands, und Russland würde bekräftigen, dass die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU mit der Sicherheit Russlands vereinbar ist.

Der dritte Vorschlag sieht eine Waffenstillstandslinie vor, die entlang der Kontaktlinie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung gezogen wird. Jede Seite würde auf ihrer Seite der Linie de facto die Hoheitsgewalt ausüben, keine Seite würde die territorialen Ansprüche der anderen anerkennen und beide Seiten würden bei künftigen Anpassungen auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Diese Formel ist mit den Verfassungen beider Länder vereinbar, die die Abtretung von Territorium verbieten oder stark einschränken.

Die vierte Option ist das Ende der NATO-Osterweiterung. Bei der Unterzeichnung würde der Nordatlantikrat erklären, dass die NATO weder die Ukraine noch andere neue Mitglieder in Osteuropa oder im Südkaukasus aufnehmen wird, womit die Bukarester Zusage aus dem Jahr 2008 zurückgenommen würde

Die Einigung würde mit der Unterzeichnung als dauerhaftes Ende der Feindseligkeiten in Kraft treten, nicht als vorübergehender Waffenstillstand, und ihre Bestimmungen würden schrittweise unter internationaler Überwachung umgesetzt. Kein Element würde isoliert verhandelt, und keine Partei würde aufgefordert, vor der Unterzeichnung Zugeständnisse zu machen.

Die territorialen Regelungen sind darauf ausgelegt, den Bedenken und Ansprüchen beider Seiten Rechnung zu tragen. Die ukrainischen Streitkräfte würden sich aus dem Teil der Region Donezk zurückziehen, den die Ukraine derzeit kontrolliert; dieser würde zu einer entmilitarisierten Sonderzone werden. Russische Streitkräfte würden diese Zone nicht betreten, die bestehende lokale Zivilverwaltung würde weiter funktionieren, und ihr endgültiger Status bliebe Gegenstand von Verhandlungen. Russland würde sich aus den von ihm gehaltenen Gebieten in der Region Dnipropetrowsk sowie von der Kinburn-Nehrung zurückziehen. Eine nördliche Sicherheitszone würde auf beiden Seiten der russisch-ukrainischen Grenze entmilitarisiert, und russische Streitkräfte würden die von ihnen gehaltenen Gebiete in den Regionen Charkiw und Sumy verlassen, während sich die ukrainischen Streitkräfte von ihrer Seite zurückziehen. Das Kernkraftwerk Saporischschja würde unter russischer Kontrolle und unter der Sicherheitsaufsicht der IAEO verbleiben und einen vereinbarten Anteil seines Stroms zum Selbstkostenpreis an die Ukraine verkaufen.

Diese vorgeschlagene Einigung geht auf die Ursachen des Krieges ein

Entlang beider Seiten der Waffenstillstandslinie würde ein entmilitarisierter Gürtel verlaufen, wobei schwere Waffen und Langstreckenwaffensysteme auf vereinbarte Entfernungen zurückgezogen würden und in den Grenzregionen auf beiden Seiten gegenseitige Obergrenzen für die Truppenstärke gelten würden. Im Schwarzen Meer und im Asowschen Meer wäre die Handelsschifffahrt für alle ukrainischen und russischen Häfen frei, und Angriffe auf Schiffe und Häfen wären verboten.

Die Beilegung des Konflikts in der Ukraine sollte auch den Beginn der Wiederherstellung der europäischen Sicherheit insgesamt markieren. Die NATO und Russland würden sich auf ein Moratorium für bodengestützte Mittelstreckenraketen in Europa einigen, auf die Stationierung von Atomwaffen in weiteren Staaten verzichten und den NATO-Russland-Rat wiederbeleben. Auf beiden Seiten würden normale diplomatische Beziehungen wiederhergestellt. Die Parteien würden den ersten Gipfel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa seit 2010 einberufen, um die OSZE mit der Überwachung der Einigung, der Überprüfung der Rüstungsbegrenzungen und der Überwachung der Menschenrechtsbestimmungen zu beauftragen.

Fragen der Sprache, Bildung, Kultur und Religion würden nach europäischen Standards gelöst, wobei die russische Sprache genauso behandelt würde wie die anderen Minderheitensprachen der Ukraine, und Russland würde dieselben Verpflichtungen gegenüber ukrainischsprachigen Personen und Religionsgemeinschaften auf seiner Seite der Grenze übernehmen. Alle Verpflichtungen in Bezug auf Extremismus und Aufwiegelung wären gegenseitig und würden von der OSZE überwacht. Kriegsgefangene würden nach dem Prinzip „alle gegen alle“ ausgetauscht, inhaftierte Zivilisten freigelassen und von ihren Familien getrennte Kinder wieder mit ihren Familien vereint.

Die Sanktionen würden im Laufe des Jahres 2027 aufgehoben. Russlands eingefrorene Staatsvermögen würden ebenfalls freigegeben, und beschlagnahmtes oder eingefrorenes Privateigentum auf beiden Seiten würde zurückgegeben. Ein von der Europäischen Investitionsbank verwalteter internationaler

Wiederaufbaufonds würde den Wiederaufbau auf beiden Seiten der Grenze finanzieren, wobei die Beiträge aller Parteien, einschließlich Russlands, im Rahmen einer gemeinsamen Anstrengung und nicht als Reparationszahlungen erfolgen würden. Der Gastransit durch die Ukraine könnte überall dort wieder aufgenommen werden, wo es willige Abnehmer gibt, ohne dass die Europäische Union sich zum Kauf von russischem Gas verpflichten müsste.

Ein Bericht über einen schwerwiegenden Verstoß durch eine OSZE-Beobachtermission aus unbewaffneten Beobachtern von Staaten außerhalb der NATO würde Konsultationen unter den Garanten und eine Befassung des Sicherheitsrats auslösen. Die Ukraine würde den Ausnahmezustand aufheben und unter OSZE-Beobachtung Wahlen abhalten, und die neu gewählte Werchowna Rada würde die Einigung ratifizieren und das Verfassungsgesetz über die Neutralität verabschieden, während die russische Föderalversammlung es zum gleichen Zeitpunkt ratifizieren würde.

Diese vorgeschlagene Einigung geht auf die Ursachen des Krieges ein und beschränkt sich nicht nur auf dessen Symptome. Europa war bei der Ausgestaltung des Friedens weitgehend abwesend. Durch die Vorlage eines solchen Rahmens können die europäischen Regierungen eine führende Rolle beim Aufbau der unteilbaren Sicherheit Europas übernehmen und dazu beitragen, einen Krieg zu beenden, der Hunderttausende Menschenleben gekostet hat und weiterhin das Risiko einer Konfrontation zwischen Atommächten birgt.

Dieser Artikel erschien im englischen Original bereits bei Common Dreams.

***Jeffrey Sachs**, geboren 1954 in Detroit, Michigan, USA; ist ein renommierter Entwicklungsökonom und Leiter des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Columbia University. Der breiten Öffentlichkeit wurde er als Direktor des UN-Millenium-Projekts zur globalen Armutsbekämpfung bekannt. Er hat weltweit Regierungen beraten, unter anderem in Lateinamerika oder im postkommunistischen Polen und Russland, wo er half, marktwirtschaftliche Reformen durchzuführen. Sachs ist Präsident des UN Sustainable Development Solutions Network, Co-Vorsitzender des Council of Engineers for the Energy Transition, Akademiemitglied der Päpstlichen Akademie der*

Sozialwissenschaften im Vatikan und Kommissar der UN Broadband Commission for Development.

Als Helga Zepp-LaRouche während ihres internationalen Webcasts am 21. Oktober gefragt wurde, ob sich die Welt in der vergangenen Woche einem verheerenden Krieg oder einem neuen Friedensparadigma angenähert habe, wies sie auf die zugrunde liegende Dynamik der gegenwärtigen Ereignisse hin: „Ich fürchte, dass beide Optionen – das neue Paradigma und die totale Verschlechterung der strategischen Lage – in greifbarer Nähe liegen", sagte sie. „Wie sich das entwickeln wird, kann ich nicht sagen. Ich kann nur sagen, dass in einer solchen Phase, in der ganz klar ist, dass die alte Ordnung nicht mehr funktioniert und die neue Ordnung noch nicht Gestalt angenommen hat … dass es gerade in einer solchen Phase das Handeln des Einzelnen als weltgeschichtliches Individuum ist, gemeinsam mit anderen solchen Individuen, das den Ausschlag gibt."

Von diesem Standpunkt aus mobilisieren Aktivisten der internationalen LaRouche-Bewegung, um die wachsende Unruhe unter Studenten, Landwirten, Lkw-Fahrern, Fischern und Zehntausenden anderen aufzugreifen, die ihre Stimme gegen die Austeritätspolitik ihrer Regierungen erheben. Es reicht jedoch nicht aus, gegen die Ungerechtigkeit zu protestieren. Man muss wissen, was zu tun ist, um die Menschheit aus diesem Schlamassel herauszuholen.

Eine mögliche Wende in der Dynamik hin zu einer neuen Ordnung könnte sich auf dem APEC-Gipfel im November im chinesischen Shenzhen abzeichnen. Die Möglichkeit eines Dreiertreffens zwischen den Präsidenten Trump, Putin und Xi zeichnet sich ab. Am Mittwoch erklärte der russische Präsidentenberater Juri Uschakow gegenüber Reportern bei einer Pressekonferenz nach dem Treffen des russischen Präsidenten Putin mit dem US-Sonderbeauftragten Steve Witkoff: „Keine der Hauptstädte – weder Moskau, noch Washington, noch Peking – lehnt diese Idee ab. Unsere chinesischen Freunde, die Gastgeber, werden sich daran beteiligen oder sind wahrscheinlich bereits mit den Vorbereitungen beschäftigt, und wenn die Umstände günstig sind, werden unsere chinesischen Freunde ein solches Treffen natürlich in das Programm von

Shenzhen aufnehmen. Unsere Seite hat einige konkrete Vorschläge zum Inhalt möglicher trilateraler Gespräche unterbreitet."

Uschakow bestätigte zudem, dass die russische Seite offen für eine mögliche Wiederaufnahme der trilateralen Gespräche zwischen Russland, der Ukraine und den Vereinigten Staaten ist (deren jüngste Pläne durch die ukrainische Bombardierung Russlands während der russischen Wahlen im September sabotiert wurden). Sie sollen in der zweiten Novemberwoche beginnen und sich auf die „Schaffung eines Sicherheitssystems für Russland und die Ukraine nach Beendigung des Konflikts" konzentrieren.

Während des Treffens zwischen Putin und Witkoff hielt sich auch der chinesische Ministerpräsident Li Qiang in St. Petersburg auf, wo er sich mit seinem Amtskollegen, dem russischen Ministerpräsidenten Michail Mischustin, und später mit Präsident Putin traf. Beide Regierungschefs gingen nicht nur auf die stetige Entwicklung der Beziehungen zwischen ihren Ländern ein – wie beispielsweise die Tatsache, dass sich das bilaterale Handelsvolumen in den letzten 25 Jahren mehr als verdreißigfacht hat –, sondern vor allem auf die strategische Bedeutung ihrer Beziehung. „Wir halten am Geist des gegenseitigen Respekts und der umfassenden Ergebnisse fest", sagte Li. „Auf diese Weise haben wir ein Modell für eine hochwertige Zusammenarbeit und ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen zwischen Großmächten und Nachbarländern geschaffen."

Die Reaktion seitens der westlichen Elite sollte nicht unterschätzt werden. „Der Drang zum Krieg", so Zepp-LaRouche, „der leider besonders in Europa sehr deutlich zu spüren ist, wird eindeutig dadurch genährt und angeheizt, dass die Machthaber zunehmend Schwierigkeiten haben, das System finanziell zusammenzuhalten. Daher scheinen Aufrüstung und Kriegstreiberei der Weg zu sein, um die Bevölkerung abzulenken und sich sogar auf einen Krieg vorzubereiten."

Vor diesem Hintergrund steigt die Gefahr eines erneuten Angriffs auf den Iran durch Israel, die USA oder beide – bei dem der Einsatz von Trumps „Mother of All Bombs" oder sogar einer taktischen Atomwaffe nicht ausgeschlossen werden kann. Die Tatsache, dass US-Verteidigungsminister Pete Hegseth am Montag eine Reise nach Israel unternahm, um sich mit Netanjahu und dem israelischen Verteidigungsminister Katz zu treffen, unterstreicht nur die Dringlichkeit einer Intervention, um die Kriegsdynamik vollständig zu stoppen.

Eine solche Intervention könnte von Papst Leo XIV. ausgehen, an den sich Zepp-LaRouche und Hunderte anderer prominenter Friedensaktivisten mit der dringenden Bitte wenden, einen Weltgipfel der Staats- und Regierungschefs für Frieden und nukleare Abrüstung zu organisieren. Papst Leo, der am 16. Oktober ein Telefongespräch mit Putin initiierte, in dem er „das Engagement des Heiligen Stuhls für die Förderung von Dialog und Frieden bekräftigte", wird am 27. Oktober nach Assisi, Italien, reisen, um gemeinsam mit 80 religiösen Führern aus aller Welt einen neuen Friedensaufruf zu verfassen.

Auch Sie – ja, Sie – können eingreifen. Nehmen Sie an der Sitzung der Internationalen Friedenskoalition am kommenden Freitag teil. Nutzen Sie den Appell an Papst Leo XIV. für die Mobilisierung. In den USA können Sie sich den Wahlkampagnen von Diane Sare für das Präsidentenamt und Jose Vega für den Kongress anschließen, die mit besonnener Führung daran arbeiten, das Land zu den Prinzipien des Guten zurückzuführen, auf denen es einmal gegründet wurde.

„In dieser Zeit sollte man nicht zwischen den Stühlen sitzen", mahnte Zepp-LaRouche, „sondern Partei ergreifen und versuchen, die Menschheit in ein neues Paradigma zu führen, in dem wir diese Gefahren hoffentlich ein für alle Mal hinter uns lassen."

Der deutschsprachige Webcast mit Helga Zepp-LaRouche trägt den Titel: „Ist das neoliberale System am Ende?"

Putin: Europa leidet unter "politischer Schizophrenie"
In einem ausführlichen Statement hat sich der russische Präsident Wladimir Putin zu den jüngsten diplomatischen Bemühungen des US-Sondergesandten Steve Witkoff und den Aussagen von Wladimir Selenskij geäußert.
Dabei wies er die Darstellung ukrainischer Gebietsverluste zurück und bezeichnete die umstrittenen Territorien als Teil des historischen Russlands. Putin bekräftigte Moskaus Bereitschaft zu einer Verhandlungslösung, betonte jedoch, dass Russland sämtliche Ziele der militärischen Sonderoperation erreichen werde.
Zugleich kritisierte er europäische Warnungen vor einer russischen Bedrohung als "politische Schizophrenie".
Siehe hier im Video:
https://odysee.com/@RTDE:e/261023_SM_KW43_Putin:7

Eine neue Strategie der Spannung?
Gefährliche Zeiten für Europa

Die Angst geht um in Europa – vor der russischen Bedrohung. Genauer gesagt: Die Angst *soll* umgehen. Politikern, Journalisten, Experten erwecken den Eindruck: Russland bedroht uns alle. Kaum vergeht ein Tag, an dem nicht von einer „hybriden Kriegsführung" die Rede ist. Kaum vergeht ein Tag, an dem nicht von Drohnenflügen, Sabotage- oder gar Anschlagsversuchen Russlands zu hören ist. Das Ziel ist angeblich Deutschland – aber auch andere europäische Länder. Grundlegende Fragen drängen sich auf: Was passiert hier? Sind die Gesellschaften Europas mit einer neuen Strategie der Spannung konfrontiert? Und: Wie weit wird die Umsetzung dieser Strategie gehen? Eine Analyse von **Marcus Klöckner**.

Hier weiterlesen: https://www.nachdenkseiten.de/?p=157935

(...) Ein Interesse an einem Ende des Kriegs besteht seitens Deutschlands schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht. Das ist übrigens nicht das erste Mal, dass ein deutscher Kanzler das Land in die Rüstungsfalle führt. Das „Wirtschaftswunder" der Nationalsozialisten unter Reichskanzler Adolf Hitler bestand aus der Aufnahme verdeckter Schulden und einer massiven Ankurbelung der Rüstungsindustrie. Merz braucht den Krieg und das Feindbild Russland zum politischen Überleben. (...)

https://www.nachdenkseiten.de/?p=157921
23.10.2026

US-Sondergesandter Steve Witkoff in Oslo und Sankt Petersburg:
Wer profitiert vom Krieg und wer will ihn beenden?

Mit seiner Reise nach Oslo und Sankt Petersburg leitet der US-Sondergesandte Steve Witkoff die nächste Verhandlungsrunde zur Beilegung des Ukraine-Konflikts ein. Dabei verlaufen die Frontlinien wie schon bei den letzten Vermittlungsbemühungen. Außerhalb Europas gibt es aufrichtiges Interesse, den Konflikt zu beenden. Die Westeuropäer setzen allerdings auf eine Verlängerung des Kriegs. Vor allem Deutschland steckt in der Rüstungsfalle. Friedrich Merz hat das Wirtschaftswachstum in Deutschland an die Fortsetzung des Ukraine-Kriegs geknüpft. Von **Gert-Ewen Ungar**.

Es wird wieder verhandelt. Der US-Sondergesandte Steve Witkoff war zu Gesprächen in Oslo und anschließend in St. Petersburg. In Norwegen traf Witkoff auf Vertreter der EU und den ukrainischen Staatschef Wolodymyr Selenskyj. Einen Tag später wurde Witkoff von Russlands Präsident Wladimir Putin in Sankt Petersburg empfangen. Trumps Schwiegersohn Jared Kushner war dieses Mal nicht dabei. Er sei erkrankt, ließ er mitteilen. Ansonsten verlief das Treffen in Russland bisher wie immer. Der außenpolitische Berater des Präsidenten Juri Uschakow teilte im Anschluss der Presse mit, das Gespräch sei konstruktiv gewesen. Der Ukraine-Konflikt bewege sich auf sein Ende zu.

In Oslo wurde ein neuer Verhandlungsvorschlag ausgearbeitet, der allerdings im Wortlaut nicht öffentlich zugänglich ist. Dem Vernehmen nach werden unter anderem Beistandspflichten nach Artikel 5 des NATO-Vertrags als Sicherheitsgarantien für die Ukraine vorgeschlagen. Sollte das tatsächlich der Fall sein, hat dieser Vorschlag kaum Aussicht auf Umsetzung, denn die Einbindung der Ukraine in westliche Militärstrukturen ist zentraler Auslöser des Konflikts. Das wissen alle Beteiligten. Man wird wohl erst später sehen, was an der Rede von NATO-Beistandspflichten tatsächlich dran ist.

Die USA versprechen zudem die Lockerung der Russland-Sanktionen und Investitionen in die Ukraine als Anreiz. Donald Trump hat bereits zuvor Sanktionen gegen Russland aus nationalem Interesse ausgesetzt. Russland versprach im Gegenzug die sofortige Lieferung von 300.000 Tonnen Diesel. Eine erste Tranche von 40.000 Tonnen ist bereits unterwegs. Die umfassenden neuen Sanktionen auf der Grundlage des nach dem verstorbenen republikanischen Abgeordneten benannten Lindsey-Graham-Gesetzes setzte Trump vor Inkrafttreten aus.

Vorgeschlagen wurde die Wiederaufnahme von direkten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter Vermittlung der USA. Als möglicher Verhandlungsort werden die Vereinigten Arabischen Emirate genannt. So weit war man schon einmal. Die Verhandlungen im Februar 2026 scheiterten daran, dass die Ukraine nicht zu Gebietsabtretungen bereit war.

Putin schlug zudem ein direktes Treffen von US-Präsident Donald

Trump, ihm und Chinas Präsident Xi Jinping vor. Es soll im November am Rande des APEC-Gipfels im chinesischen Shenzhen stattfinden.

Inzwischen fand auch ein weiterer Austausch von Gefallenen statt. Der Ukraine wurden in Weißrussland unweit der Grenze 252 tote Soldaten übergeben, Russland erhielt 25 Gefallene zurück. Auch das gehört inzwischen zum Ritual.

Der Ausdruck „eine neue Verhandlungsrunde" ist für den Vorgang daher mehr als angemessen, denn es dreht sich tatsächlich im Kreis. Zur Kontinuität gehört auch, dass sich die Situation der Ukraine von Verhandlungsrunde zu Verhandlungsrunde verschlechtert. Ging es bei Minsk 2 noch um den Erhalt der territorialen Integrität der Ukraine, bestand Russland in den Verhandlungsrunden danach auf Gebietsabtretungen. Inzwischen geht es für die Ukraine jedoch zusätzlich darum, ob und wie sie den Winter übersteht. Die Energieinfrastruktur der Ukraine ist inzwischen massiv beschädigt.

Und die Europäer? Sie wollen mit am Verhandlungstisch sitzen, wollen aber weiter nichts zur Konfliktlösung beitragen. Es dürfe keine Entscheidung über die Ukraine ohne die Ukraine getroffen werden, ist die Formel, die nun wieder aus der Schublade gezogen wird. Man hat sich aber immerhin wieder auf die Suche nach einem Unterhändler für direkte Gespräche mit Russland gemacht. Nachdem man sich beim letzten Mal eigentlich nur darauf verständigen konnte, dass es auf keinen Fall Gerhard Schröder sein darf, weil Putin seinen Namen in diesem Zusammenhang genannt hatte, steht nun der Name des finnischen Präsidenten Alexander Stubb im Raum. Genannt wird auch António Costa, Präsident des Europäischen Rates. Welchen inhaltlichen Beitrag die Europäer leisten wollen, bleibt dagegen unklar. Immerhin sieht Präsidentenberater Juri Uschakow etwas Bewegung.

„Zumindest scheint es mir, als ob man nun anfängt, über die Lösung dieser Krise nachzudenken und sie ernster zu nehmen", sagte er gegenüber der Presse. Woher er den Optimismus nimmt, ist jedoch nicht ersichtlich. Deutschlands Kanzler Friedrich Merz jedenfalls lehnt eine „Kapitulation der Ukraine" ab. Russland darf sich nicht durchsetzen.

Klar erkennbar ist daher, dass die Europäer kein Interesse an einer Lösung des Konflikts haben. Vor allem Deutschland hat sich mit der Umstellung auf Kriegswirtschaft in eine wirtschaftliche Falle manövriert. Mittels massiver Schuldenaufnahme wird die Rüstungsindustrie angekurbelt. Die produzierten Rüstungsgüter gehen zu einem relevanten Teil in die Ukraine. Das generiert Wachstum in Deutschland. Die Wachstumsprognosen für dieses Jahr wurden deutlich nach oben korrigiert. Geht der Krieg zu Ende, werden deutsche Rüstungsgüter nicht mehr nachgefragt, dann ist es mit dem Wachstum auch wieder ganz schnell vorbei. Nachhaltig ist das ohnehin nicht, denn die schwache Inlandsnachfrage lässt sich so nicht ankurbeln.

Aber man muss es klar sagen: Ein Interesse an einem Ende des Kriegs besteht seitens Deutschlands schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht. Das ist übrigens nicht das erste Mal, dass ein deutscher Kanzler das Land in die Rüstungsfalle führt. Das „Wirtschaftswunder" der Nationalsozialisten unter Reichskanzler Adolf Hitler bestand aus der Aufnahme verdeckter Schulden und einer massiven Ankurbelung der Rüstungsindustrie. Merz braucht den Krieg und das Feindbild Russland zum politischen Überleben. Am Ausmalen des Feindbilds arbeitet er täglich unter Einsatz all seiner Kräfte. Der von ihm gezeichneten russischen Bedrohung entspricht hier vor Ort in Russland jedoch nichts. Russland hat keine Absichten, Deutschland zu überfallen, und will auch die Ukraine nicht einnehmen. Russland will eine dauerhafte Friedenslösung für den Konflikt in der Ukraine. Genau das aber will Merz nicht.

Kein Interesse an Frieden hat auch Wolodymyr Selenskyj. Auch sein politisches und auch persönliches Schicksal ist mit diesem Krieg verbunden. Dass Selenskyj keinen Frieden will, hat Donald Trump richtig erkannt. Er hatte mehrfach die Gelegenheit, den Konflikt auf dem Verhandlungsweg beizulegen, hat sich aber immer dagegen entschieden. Im Krieg halten ließ er sich durch die Unterstützungszusagen der Europäer.

Auch in Brüssel setzt man auf die Verlängerung des Kriegs. Russlands Interessen dürfen für eine Friedenslösung keine Berücksichtigung finden, ist dort das Credo, alles andere käme einer Niederlage gleich. Rational ist das nicht. Aber trotz guter Argumente haben es die Kritiker dieser suizidalen EU-Politik schwer.

Sie werden einfach nicht gehört. Der Zug sitzt auf dem Gleis und rollt in Richtung Abgrund. Einen Friedensschluss wird die EU daher nicht unbeschadet überstehen. Sie hat sich komplett verspekuliert und opfert den Wohlstand der EU der Verlängerung des Kriegs.

Damit sind die Fronten weitgehend gekennzeichnet. Jenseits Europas, in Russland, den USA, in China und im globalen Süden gibt es ein reges Interesse daran, den Ukraine-Konflikt beizulegen und eine Lösung zu finden, die den Konflikt dauerhaft beendet. In der EU, in Kiew und in Berlin gibt es dieses Interesse nicht. Dort setzt man auf eine Verlängerung des Kriegs auf Kosten der Ukrainer und der Ukraine. Damit ist auch umrissen, auf welche Erzählung sich die Deutschen nach Ende des Kriegs einstellen müssen. Sie lautet: Deutschland trägt die Verantwortung für die komplette Zerstörung der Ukraine und den Tod einer ganzen Generation von ukrainischen Männern. Deutschland hat diesen Krieg aus eigennützigen, wirtschaftlichen Interessen künstlich verlängert und stand dem Frieden im Weg. Man wird in Kürze sehen, ob es den Europäern auch dieses Mal wieder gelingt, die Friedensbemühungen zu hintertreiben. Im Sinne der Ukraine wäre das nicht.

Russland: Neue EU-Arktisstrategie zielt auf Eskalation in der Region ab

Russlands Ständige Vertretung in Brüssel kritisierte die jüngste Arktispolitik der EU. Die Union betrachte die Arktis als "vorderste Front des globalen Machtwettbewerbs", an der sie "Bedrohungen" durch Moskau und Peking entgegentreten müsse. Mit dieser Einschätzung ziele sie auf eine militärische Eskalation ab.

Die jüngst veröffentlichte Arktis-Strategie der EU ziele auf eine Eskalation in dieser Region ab und werde daher zu einer weiteren Isolierung Brüssels führen. So kommentierte die Ständige Vertretung Russlands bei der Europäischen Union die neue Arktispolitik der EU. Gegenüber der Nachrichtenagentur *TASS* erklärte die diplomatische Mission:

"Das Interesse an der Arktisregion wird hier erstmals vor dem Hintergrund geopolitischer Bestrebungen Brüssels zum Ausdruck

gebracht – unter Verweis auf mythische Bedrohungen durch Russland und China."

Europa bereite sich darauf vor, "eigene Interessen den Prioritäten der Zusammenarbeit zwischen den Arktis-Anrainerstaaten" entgegenzustellen. In dem Dokument sei festgestellt worden, dass die EU die arktische Region nicht als ein Gebiet "des Friedens und der Zusammenarbeit", sondern als "vorderste Front des globalen Machtwettbewerbs" betrachte, so russische Diplomaten. Ihnen zufolge sehe die Strategie unter anderem die Steigerung der militärischen Mobilität unter Nutzung der regionalen Verkehrsinfrastruktur, Investitionen in neue Technologien über den Europäischen Verteidigungsfonds sowie die Ausweitung der Überwachung mittels Satelliten vor.

Die Ständige Vertretung Russlands betonte weiter, dass die Strategie von den "globalistischen Ambitionen der EU gegenüber den Nachbarregionen" zeuge. Die Diplomaten erinnerten daran, dass die territoriale Präsenz der EU in der Region nur auf zwei Mitgliedsstaaten – Finnland und Schweden – beschränkt sei.

Die "konfrontativen Ansätze" der neuen Strategie stünden im Einklang mit dem allgemeinen Kurs der EU "zur Militarisierung des Blocks und zur Konfrontation" mit Moskau. All dies werde "lediglich zu einer Isolierung der Europäischen Union in arktischen Angelegenheiten führen", so die russische diplomatische Vertretung.

Russische Diplomaten haben empfohlen, "dieser Strategie keine allzu große Bedeutung beizumessen". Sie haben dabei auf zunehmende Probleme innerhalb der EU hingewiesen, darunter Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Reaktion auf die Energiekrise. Und diese sei durch Brüssels Abkehr von russischen Energieressourcen noch verschärft worden.

Am Dienstag hat die EU eine neue Arktis-Strategie vorgestellt, die den Ausbau der Eisbrecherflotte sowie eine Erhöhung der militärischen Mobilität in der Region vorsieht. Das Dokument unterstreicht die Notwendigkeit, eine schnelle und großangelegte Verlegung von Truppen in die Arktis sowie innerhalb der Region zu gewährleisten. Zudem beabsichtigt Brüssel, die Zusammenarbeit mit der NATO zu vertiefen, kritische Infrastrukturen zu schützen

und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten sowie Partnern Optionen für die Beschaffung und den Einsatz von Eisbrechern zu erarbeiten.

In dem Dokument wurde Russland als eine Ursache für die Verschlechterung der Sicherheitslage in der Arktis genannt. "Russland baut seine militärische Präsenz in der Arktis stetig wieder auf und verfolgt hybride Strategien gegen seine Nachbarn", hieß es. Darüber hinaus nähmen Pekings "strategische Ambitionen" in der Region zu, weil China seine Partnerschaft mit Moskau vertiefe. "Europa reagiert auf diese Herausforderungen verantwortungsbewusst und nachhaltig", besagt das Dokument.

Im Vorfeld der Vorstellung einer neuen Strategie erklärte die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas in einem Interview gegenüber *The Times*, dass die EU in der Arktis mit Russland und China konkurrieren wolle, um zu verhindern, dass diese die Kontrolle über die Handelsrouten in der Region erlangen. Ihr zufolge muss Brüssel Versäumtes an der "Frontlinie des globalen Machtwettbewerbs" nachholen und dabei gemeinsam mit den USA und Kanada handeln.

Die russische Botschaft in Großbritannien hat dieses Interview gegenüber der britischen Zeitung kommentiert. Die diplomatische Vertretung merkte an, dass Kallas' Erklärungen einen neokolonialen Ansatz der EU gegenüber der Arktis offenbarten. "Das Interview von Kaja Kallas mit der *Times* deckt die neokoloniale Denkweise der EU auf: Anstatt die Zusammenarbeit in der Arktis zu fördern, versucht Brüssel, getrieben von ohnmächtiger Wut, andere Nationen einzudämmen und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten zu verwehren", schrieb die Botschaft auf X.

JB→es ist eine US-Strategie, die (wie aktuell üblich) aggressiv seitens der EU gegenüber Russland vertreten wird

Kampf um die Arktis – Vom Klimaschutz zur Machtprojektion

Was die US-Präsidentendirektive von 2009, die US-Arktis-Strategie von 2024 und die neue EU-Strategie vom 20. Oktober 2026 über die geopolitischen Interessen des Westens verraten

Wolfgang Effenberger



Die Arktis ist längst mehr als eine abgelegene Region am Rand der Weltkarte. Sie ist ein geopolitischer Schlüsselraum, in dem sich die Interessen der Vereinigten Staaten, Russlands, Kanadas, der nordischen Staaten, der Europäischen Union und zunehmend auch Chinas überschneiden. Schmelzendes Meereis verändert die Bedingungen für Schifffahrt und Rohstofferschließung. Zugleich gewinnen militärische Frühwarnsysteme, U-Boot-Routen, Weltrauminfrastruktur und die Kontrolle strategischer Zugänge an Bedeutung.
Am 20. Oktober 2026 gaben die Europäischen Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik eine gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem offiziellen Titel "Europas nördliche Nachbarschaft: Eine neue Strategie für die Arktis" (1) heraus: Eine gewagte Überschrift, die es zu untersuchen gilt!

Geht es bei der europäischen Arktispolitik primär um den Schutz einer empfindlichen Naturregion – oder wird der Schutz der Arktis zunehmend mit dem Ausbau westlicher Sicherheits- und Machtpositionen verknüpft?
Um diese Frage zu beantworten, müssen zwei Dokumente miteinander verglichen werden: die neue EU-Strategie vom 20. Oktober 2026 und die US-Präsidentendirektive vom 9. Januar 2009. Zwischen ihnen liegen mehr als 17 Jahre. Gerade dieser zeitliche Abstand ermöglicht es, Kontinuitäten und Veränderungen der geopolitischen Interessen zu untersuchen.
Dabei ist eine Unterscheidung wichtig: Strategiepapiere dokumentieren erklärte Ziele, Prioritäten und Handlungsabsichten. Sie beweisen für sich genommen weder eine geheime Gesamtplanung noch, dass jede spätere politische oder militärische Maßnahme unmittelbar aus ihnen hervorgegangen ist. Eine belastbare Kritik muss deshalb die dokumentierten Aussagen, ihre strategische Bedeutung und die daraus ableitbaren Schlussfolgerungen voneinander trennen.

Am 9, Januar 2009 erklärten sich die USA als arktische Nation und
die Arktis zum strategischen Machtgebiet. (2)



Bildnachweis: Eigene KI-generierte Illustration, erstellt mit OpenAI, 2026. Geografische Orientierung am Department of Defense Arctic Strategy des US-Verteidigungsministeriums (2024). Die Illustration

ist schematisch; Standorte und Routen sind nicht als amtlich geprüfte Kartendaten zu verstehen.

Die von Präsident George W. Bush am 9. Januar 2009 unterzeichnete Directive on Arctic Region Policy ist der entscheidende historische Bezugspunkt. Es handelt sich um zwei miteinander verbundene Direktiven: die National Security Presidential Directive 66 (NSPD-66) und die Homeland Security Presidential Directive 25 (HSPD-25). Das Dokument ist im offiziellen Archiv des Weißen Hauses und in der US-amerikanischen Regierungsdokumentation veröffentlicht. (3)
Die Direktive verbindet sechs Politikfelder: nationale Sicherheit, Umweltschutz, nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, internationale Kooperation, Beteiligung indigener Gemeinschaften und wissenschaftliche Forschung.
Entscheidend ist allerdings der Stellenwert der nationalen Sicherheit. Die Vereinigten Staaten erklären darin ihre Sicherheitsinteressen in der Arktis ausdrücklich zu grundlegenden nationalen Interessen. Genannt werden unter anderen:
Raketenabwehr und Frühwarnung,
strategische Abschreckung und der Einsatz von See- und Luftstreitkräften,
maritime Präsenz und maritime Sicherheitsoperationen,
die Sicherung der Bewegungsfreiheit für Schiffe und Flugzeuge,
die Fähigkeit, amerikanische Seemacht in der Region zu projizieren.

Besonders aufschlussreich ist die Anweisung, eine aktivere und einflussreichere amerikanische Präsenz aufzubauen, um die eigenen Interessen zu schützen und Seemacht in der gesamten Region zu projizieren. (4)
Das ist mehr als eine allgemeine Erklärung zum Schutz der Arktis. Es ist die Festlegung eines strategischen Handlungsanspruchs.

Von der Präsidentendirektive 2009 zur US-Arktisstrategie 2024 – die Kontinuität amerikanischer Seemachtpolitik

Mit der Präsidentendirektive NSPD-66 vom 9. Januar 2009 verankerten die Vereinigten Staaten ihre sicherheits- und geopolitischen Interessen in der Arktis. Die Freiheit der Meere, die strategische Abschreckung, die militärische Bewegungsfreiheit und eine aktivere amerikanische Präsenz bildeten wesentliche Bestandteile dieser Politik.

Die unter US-Präsident Joe Biden 2024 veröffentlichte Arktisstrategie des US-Verteidigungsministeriums knüpft an die Grundlinien von Präsident Bush an. Unter den veränderten Bedingungen des Ukrainekriegs, der NATO-Erweiterung im Norden und der wachsenden Zusammenarbeit zwischen Russland und China richtet sie den Schwerpunkt stärker auf Aufklärung, militärische Einsatzbereitschaft und die Kooperation mit Verbündeten.
Damit gewinnt die Arktis eine zusätzliche Bedeutung im globalen Wettbewerb um strategische Bewegungsfreiheit und maritime Infrastruktur. Die Nordostpassage verkürzt unter geeigneten Bedingungen die Verbindung zwischen Europa und Ostasien. Ihre zunehmende Nutzung berührt daher nicht nur russische Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen, sondern auch die Frage, wie sich die maritime Machtverteilung in einer zunehmend multipolaren Welt entwickelt.

Die geopolitische Bedeutung

Die Arktis liegt an einer Schnittstelle zwischen Nordamerika, Europa und Russland. Ihre Bedeutung ergibt sich nicht allein aus Bodenschätzen oder möglichen Handelswegen. Sie ist auch Teil der Geografie strategischer Abschreckung: Flugkörper, Frühwarnsysteme, U-Boote und militärische Bewegungen zwischen Nordamerika und Eurasien machen den hohen Norden zu einem Raum, in dem sich globale Sicherheitsinteressen unmittelbar berühren.
Daraus ergibt sich eine erste Schlussfolgerung:

Die sicherheitspolitische Aufwertung der Arktis durch die Vereinigten Staaten begann nicht erst mit dem Ukrainekrieg, der jüngsten NATO-Erweiterung im Norden oder der aktuellen europäischen Strategie. Sie war spätestens 2009 ausdrücklich Bestandteil der amerikanischen Präsidialpolitik.
Das beweist zwar keine durchgehend unveränderte Gesamtstrategie, belegt jedoch, dass die Verbindung von arktischer Präsenz, strategischer Abschreckung und militärischer Bewegungsfreiheit lange vor den heutigen Spannungen schriftlich festgelegt wurde.

Arktisstrategie: Wenn der Präsident wechselt, bleibt die geopolitische Grundlinie

George W. Bush war Republikaner. Joe Biden ist Demokrat. Zwischen der Arktis-Direktive von 2009 und der Verteidigungsstrategie von 2024 liegen fünfzehn Jahre, mehrere Regierungswechsel und tiefgreifende Veränderungen der internationalen Lage. Dennoch bleibt eine strategische Grundlinie erkennbar: Die Vereinigten Staaten betrachten die Arktis als einen Raum, in dem sie ihre nationalen Sicherheitsinteressen, ihre militärische Bewegungsfreiheit und ihre maritime Präsenz sichern müssen.

Bush verankerte diese Interessen 2009 in der NSPD-66. Die Biden-Regierung griff sie 2024 auf und konkretisierte sie angesichts der veränderten militärischen Lage durch den Ausbau arktischer Fähigkeiten, eine engere Zusammenarbeit mit den NATO-Verbündeten und verstärkte Übungen unter den besonderen Bedingungen hoher nördlicher Breiten.

Darin zeigt sich eine bemerkenswerte Kontinuität über die Parteigrenzen hinweg. Die strategischen Interessen der Vereinigten Staaten lassen sich offenbar nicht allein aus den Wahlprogrammen oder der politischen Rhetorik des jeweiligen Präsidenten erklären. Sie werden auch durch langfristige sicherheitspolitische Zielsetzungen, institutionelle Planungen und die geopolitische Lage bestimmt.

Der politische Wechsel im Weißen Haus bedeutet demnach nicht automatisch einen Wechsel der strategischen Grundausrichtung. In der Arktis lässt sich vielmehr beobachten, wie eine unter einem republikanischen Präsidenten formulierte Interessenpolitik unter einem demokratischen Präsidenten fortgeführt und militärisch angepasst wird.

Das wirft eine weiterführende Frage auf: In welchem Umfang bestimmen langfristige geopolitische Interessen die amerikanische Außenpolitik unabhängig davon, welche Partei gerade die Regierung stellt?

Die Quellen für diese Argumentation sind die Präsidentendirektive von 2009 (5) und die US-Verteidigungsstrategie für die Arktis von 2024. Beide dokumentieren die Kontinuität der Interessen; die Strategie von 2024 beschreibt zugleich ausdrücklich die veränderten sicherheitspolitischen Bedingungen. (6)

Die These, dass die US-Außenpolitik über den beiden Parteien steht, lässt sich als politische Schlussfolgerung aus dieser Kontinuität ableiten: Die langfristige geopolitische Grundausrichtung der USA überdauert den Wechsel zwischen Republikanern und Demokraten.

Die Kernaussage der US-Arktisstrategie 2024

Die US-Arktisstrategie von 2024 behandelt den hohen Norden nicht mehr nur als abgelegenen Raum nationaler Verteidigung, sondern als Bestandteil der globalen strategischen Konkurrenz. Die USA wollen ihre militärische Wahrnehmungs-, Abschreckungs- und Handlungsfähigkeit in einer Region sichern, deren Bedeutung für die Verbindung zwischen Nordamerika, Europa und Asien wächst. Ob dahinter auch das Ziel steht, die Entstehung eines eigenständigen eurasischen Handels- und Machtzentrums zu begrenzen, muss anhand weiterer Dokumente zur US-Maritime- und Sicherheitspolitik geprüft werden.

Die USA wollen die Arktis als strategisch wichtigen Raum für die Verteidigung des eigenen Staatsgebiets sichern, ihre militärische Handlungsfähigkeit im hohen Norden ausbauen und durch Abschreckung, Aufklärung und die Zusammenarbeit mit NATO-Verbündeten auf die zunehmenden Aktivitäten Russlands und Chinas reagieren. (7)

20. Oktober 2026: Die EU rückt die Sicherheit ins Zentrum

Die am 20. Oktober 2026 vorgestellte neue EU-Arktisstrategie trägt den Titel Europe's Northern Neighbourhood – A New Strategy for the Arctic. Die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik begründen die Neuausrichtung mit Klimawandel, geopolitischen Spannungen, zunehmender militärischer Aktivität und neuen Schifffahrtsrouten. (8)
Vier Prioritäten werden benannt:
Sicherheit und Resilienz: bessere Vorbereitung auf Krisen, Schutz kritischer Infrastruktur und größere operative Fähigkeiten unter arktischen Bedingungen.
Klimaschutz und Forschung: Ausbau der Klimabeobachtung und wissenschaftlicher Zusammenarbeit.
Wirtschaftliche Sicherheit: Stärkung europäischer Forschungs- und Koordinierungsstrukturen.
Menschen und Gemeinschaften: Unterstützung der arktischen Bevölkerung und ihrer Kommunen.
Die konkreten Vorhaben umfassen einen maritimen Sicherheitsknotenpunkt, eine engere Überwachung von

Unterseekabeln und Pipelines, den Ausbau der satellitengestützten Beobachtung sowie Unterstützung für zusätzliche Eisbrecherkapazitäten. (9)
Hier liegt der zentrale politische Wandel: Die EU behandelt die Arktis nicht mehr vorrangig als ökologisch empfindlichen Raum, in dem internationale Kooperation ermöglicht werden soll. Sie betrachtet sie zugleich als strategische Infrastruktur- und Sicherheitsregion, in der Europa seine Handlungsfähigkeit stärken muss.
Das ist zunächst eine nachvollziehbare Reaktion auf reale Risiken. Unterseekabel, Energieverbindungen, Kommunikationssysteme und Schifffahrtswege sind verwundbar. Auch die russische Militärpräsenz im Norden ist ein legitimer Gegenstand sicherheitspolitischer Analyse.
Die kritische Frage beginnt an einer anderen Stelle: Welche Folgen hat es, wenn die Antwort auf diese Risiken vor allem in mehr Überwachung, mehr militärischer Einsatzfähigkeit und einer stärkeren strategischen Präsenz besteht?
Denn Sicherheitsmaßnahmen sind nicht automatisch stabilisierend. Sie können abschrecken und schützen. Werden sie jedoch von der Gegenseite als Vorbereitung auf eine Konfrontation verstanden, können sie zugleich Gegenmaßnahmen auslösen.
Was hat sich seit 2009 verändert?
Der Vergleich der beiden Dokumente zeigt sowohl Kontinuitäten als auch eine wesentliche Veränderung. Die USA formulierten 2009 bereits konkrete militärische und maritime Machtinteressen. Die EU verankert 2026 ihre Sicherheitsinteressen stärker in einer gemeinsamen europäischen Strategie und will dafür zusätzliche institutionelle und technische Fähigkeiten aufbauen:

Strategie	**US-Direktive 2009**	**EU-Strategie 2026**
Sicherheits Verständnis	**Nationale Sicherheit** strategisches Machtgebiet	und Sicherheit und Resilienz Europas
Mil. Dimension Fähigkeiten	Abschreckung, Frühwarnung, Strategische Bewegungsfreiheit unter arktischen Bedingungen	Größere operative

Infrastruktur	Schutz maritimer Verkehrswege	Überwachung und Schutz von
	und kritischer Ressourcen	Kabeln, Pipelines und Verbindungen
Technische Fähigkeiten	See- und Luftsysteme, Satellitenbeobachtung, maritimer Lageerfassung, Eisbrecher- und Sicherheitsknotenpunkt, Bewegungsfreiheit Eisbrecher	
Internationale Zusammenarbeit	Freiheit der Meere und Wahrung mit nördlichen amerikanischer Rechte	Ordnung Partnern und Stärkung europäischer Handlungsfähigkeit
Umwelt und Umweltschutz	Umweltschutz und wissensch.	Klimaforschung,
Forschung	Kooperation	und wirtschaftliche Sicherheit

Quellen: US-Präsidentendirektive von 2009 und Mitteilung der Europäischen Kommission vom 20. Oktober 2026. (10)

Die Tabelle zeigt hinter wohlfeilen Worten eine klare Strategie, die an das imperiale Gehabe der Großmächte von und vor 1914 schamlos anknüpft. Die US-Direktive ist ein nationales sicherheitspolitisches Dokument, während die EU-Strategie verschiedene Mitgliedstaaten, europäische Institutionen und zivile Politikfelder zusammenführt. Dennoch gibt es eine erkennbare Gemeinsamkeit: Beide Dokumente verbinden die arktische Präsenz mit dem vorgegebenen Schutz strategischer Interessen und dem Ausbau entsprechender Fähigkeiten. (11)
Die entscheidende Veränderung besteht darin, dass Europa die Arktis zunehmend als eigenen sicherheitspolitischen Handlungsraum begreift. Da sind heftige Konfrontationen programmiert.

Die Frage nach der strategischen Eigenständigkeit Europas

Die EU verfügt über eigene wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Möglichkeiten. Zugleich sind mehrere ihrer

Mitgliedstaaten NATO-Mitglieder; Finnland und Schweden gehören inzwischen ebenfalls dem Bündnis an.
Damit stellt sich eine Frage, die in der öffentlichen Debatte nicht untergehen sollte:
Entwickelt Europa eine eigenständige Arktisstrategie – oder baut es vor allem Fähigkeiten aus, die sich in die bestehende westliche Sicherheitsarchitektur einfügen?

Beides schließt sich nicht grundsätzlich aus. Ein europäischer Schutz von Unterseekabeln kann der zivilen Sicherheit dienen und zugleich die militärische Kommunikationsfähigkeit verbessern. Satellitenbeobachtung kann Umweltveränderungen dokumentieren und militärische Aktivitäten erfassen. Eisbrecher können Forschungsmissionen unterstützen, Rettungseinsätze ermöglichen und staatliche Präsenz in schwer zugänglichen Gewässern erhöhen. Die strategische Bedeutung einer Fähigkeit ergibt sich somit nicht allein aus ihrem offiziellen Zweck, sondern auch aus ihrer tatsächlichen Verwendung, ihrer Einbindung in militärische Führungsstrukturen und den politischen Entscheidungen über ihren Einsatz.

Die EU begründet ihre Neuausrichtung mit einem verschärften sicherheitspolitischen Umfeld. Russische Militäraktivitäten, modernisierte Stützpunkte und die strategische Bedeutung der Kola-Halbinsel sind dabei wesentliche Bezugspunkte. Reuters berichtet über diese Argumentation der europäischen Seite und verweist zugleich auf den russischen Vorwurf, die NATO trage selbst zur Militarisierung der Region bei. (12)

Ein Sicherheitsdilemma wird entstehen, wenn eine Seite ihre Maßnahmen als defensive Vorsorge betrachtet, die andere dieselben Maßnahmen jedoch als Vorbereitung auf offensive Operationen interpretiert.
Die mögliche Eskalationsspirale
1. Wahrgenommene Bedrohung
Militärische Aktivitäten und strategische Konkurrenz nehmen zu.
2. Ausbau eigener Fähigkeiten
Mehr Überwachung, Infrastruktur, Einsatzbereitschaft und militärische Präsenz.
3. Gegenmaßnahmen der Gegenseite
Die neuen Fähigkeiten werden als zusätzliche Bedrohung bewertet.
4. Verschärfte Konkurrenz

Die ursprünglichen Sicherheitsmaßnahmen können eine neue Runde militärischer Vorsorge auslösen.
Die zentrale Frage lautet deshalb nicht nur: Wie reagiert Europa auf russische Aktivitäten? Ebenso wichtig ist: Welche langfristigen Folgen haben die europäischen Maßnahmen für die gegenseitige Bedrohungswahrnehmung?
Eine Politik, die ausschließlich auf die Verbesserung der eigenen militärischen Position setzt, kann kurzfristig Sicherheit versprechen, ohne langfristig eine stabile Ordnung zu schaffe.

Wenn Klimaschutz auf wirtschaftliche Interessen trifft

Die Arktis besitzt erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Mit dem Rückgang des Meereises verändern sich die Möglichkeiten der Schifffahrt und des Zugangs zu natürlichen Ressourcen. Zugleich bleiben die Umweltbedingungen extrem anspruchsvoll und die ökologischen Risiken hoch.
Hier ist die neue EU-Strategie besonders aufschlussreich.
Die EU bekräftigte am 20. Oktober 2026 ihr Ziel, Öl, Kohle und Gas auch in der Arktis im Boden zu belassen, sofern es um die Vermeidung weiterer fossiler Erschließung geht, die das arktische Ökosystem gefährdet. Zugleich enthält die neue Strategie nicht mehr die ausdrückliche Verpflichtung aus dem Dokument von 2021, auf ein multilaterales rechtlich verbindliches Verbot weiterer Kohlenwasserstofferschließung in der Arktis und angrenzenden Regionen hinzuarbeiten. Reuters berichtet, dass die veränderte geopolitische Lage und die unterschiedlichen Positionen internationaler Akteure bei dieser Anpassung eine Rolle spielten. (13)
So muss nun gefragt werden:
Wer bestimmt die Regeln? Werden Schutzstandards gemeinsam mit allen betroffenen arktischen Staaten entwickelt, oder werden politische und wirtschaftliche Interessen zunehmend in konkurrierenden Machtblöcken organisiert?
Wer trägt die Kosten? Wie werden die Belastungen des Klimawandels, der Infrastrukturentwicklung und möglicher wirtschaftlicher Nutzung auf die arktischen Gemeinschaften verteilt?
Wie glaubwürdig ist der Schutzanspruch? Werden Umweltziele durch überprüfbare internationale Regeln abgesichert, oder geraten sie unter den Druck von Energieversorgung, strategischer Konkurrenz und nationalen Wirtschaftsinteressen?

Der Widerspruch liegt nicht darin, dass Klimaschutz und Sicherheitspolitik grundsätzlich unvereinbar wären. Er liegt darin, dass sich beide Ziele politisch in unterschiedliche Richtungen entwickeln können. Eine Regierung kann Umweltschutz befürworten und zugleich strategische Infrastruktur ausbauen. Ein Staat kann die nachhaltige Nutzung von Ressourcen fordern und gleichzeitig wirtschaftliche Vorteile aus neuen Verkehrswegen ziehen.

Das eigentliche Machtinstrument: Kontrolle über Information, Infrastruktur und Bewegungsfreiheit

Die Arktis ist nicht allein ein Raum, in dem Staaten um Territorium oder Rohstoffe konkurrieren. Sie ist auch ein Raum, in dem die Kontrolle über Informationen und Verkehrswege strategischen Wert besitzt.

Der geplante europäische maritime Sicherheitsknotenpunkt und der Ausbau der satellitengestützten Beobachtung sind dafür aussagekräftige Beispiele. Die EU will Informationen aus verschiedenen Quellen zusammenführen und kritische Verbindungen besser überwachen. (14)

Besondere Aufmerksamkeit verdienen:

Erstens: die Informationshoheit. Wer die Bewegungen von Schiffen, Veränderungen der Infrastruktur und Aktivitäten in einem strategisch wichtigen Gebiet zuverlässig erfassen kann, verfügt über einen erheblichen Informationsvorsprung.

Zweitens: die Infrastrukturhoheit. Unterseekabel, Satellitenverbindungen, Häfen, Eisbrecher und Kommunikationssysteme bilden die technische Grundlage wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Handlungsfähigkeit. Von ihrer Kontrolle und Absicherung hängt ab, welche Akteure im Krisenfall handlungsfähig bleiben.

Drittens: die Bewegungsfreiheit. Die US-Direktive von 2009 stellt die Freiheit der Schifffahrt und des Überflugs ausdrücklich in den Zusammenhang amerikanischer Sicherheitsinteressen. Sie verweist zudem auf die Nordwestpassage und die Nördliche Seeroute. (15)

Damit wird eine zentrale geopolitische Frage sichtbar: Es geht nicht nur darum, wem bestimmte Ressourcen gehören. Es geht auch darum, wer Verkehrswege nutzen kann, wer ihre Nutzung überwacht, wer Regeln setzt und wer im Konfliktfall über ausreichende Fähigkeiten verfügt, seine Ansprüche durchzusetzen.

Was lässt sich aus beiden Dokumenten herauslesen?

Beleg 1: US-Direktive vom 9. Januar 2009

Die USA definieren die Arktis als Raum grundlegender nationaler Sicherheitsinteressen und benennen strategische Abschreckung, Frühwarnung, maritime Präsenz und die Projektion von Seemacht ausdrücklich.
Beleg 2: U.S. Department of Defense: Arctic Strategy. 22 July 2024

Die USA wollen die Arktis als strategisch wichtigen Raum für die Verteidigung des eigenen Staatsgebiets sichern, ihre militärische Handlungsfähigkeit im hohen Norden ausbauen und durch Abschreckung, Aufklärung und die Zusammenarbeit mit NATO-Verbündeten auf die zunehmenden Aktivitäten Russlands und Chinas reagieren.

Beleg 3: EU-Strategie vom 20. Oktober 2026

Die EU rückt Sicherheit und Resilienz in den Mittelpunkt und plant konkrete Maßnahmen zur Überwachung und zum Schutz kritischer Infrastruktur sowie zur Stärkung ihrer operativen Fähigkeiten.
Schlussfolgerung: eine erkennbare strategische Konvergenz
Beide Dokumente verknüpfen die Präsenz in der Arktis mit Sicherheit, Infrastruktur und Handlungsfähigkeit. Die EU verfolgt dabei eigene europäische Interessen, bewegt sich aber zugleich in einer Region, in der die NATO und die amerikanische Sicherheitsarchitektur eine wichtige Rolle spielen.

Schlussfolgerung: Wird die Arktis zum nächsten Schauplatz globaler Konfrontation?

Beide Dokumente machen sie deutlich, dass die Arktis inzwischen als strategischer Raum behandelt wird, in dem Sicherheit, Infrastruktur, wirtschaftliche Interessen und staatliche Präsenz eng miteinander verbunden sind.

Der eigentliche Machtkonflikt:
Wer kontrolliert die Nordostpassage?



Quelle: Eigene Darstellung, KI-generiert (OpenAI, 2026). Routenführung und ungefähre Entfernungen nach Observer Research Foundation, The Northern Sea Route: A gamechanger or a road to hegemon

Die Nordostpassage, international häufig Northern Sea Route genannt, führt entlang der russischen Arktisküste zwischen der Beringstraße und der Karasee. Sie kann die Verbindung zwischen Europa und Ostasien verkürzen. Ihre Nutzung bleibt jedoch von Eisverhältnissen, Saison, Infrastruktur und Kosten abhängig. Der entscheidende geopolitische Unterschied liegt in den Regeln, unter denen diese Route befahren wird.

Machtfrage	**Geopolitische Bedeutung**
Russische Genehmigungs- und Schiffsverkehr Navigationsregeln	Moskau übt Einfluss auf den entlang seiner Arktisküste aus
Chinesisch-russische Möglichkeiten, Handels- und Kooperation auszubauen	China erhält zusätzliche Energieverbindungen nach Norden
Westliche maritime Präsenz	Die USA und ihre Verbündeten wollen ihre Bewegungsfreiheit und ihren strategischen Zugang zur Arktis erhalten und weiter ausbauen

Internationales Seerecht Welche Befugnisse haben Küstenstaaten (Russland).
Welche Durchfahrtsrechte die Anderen?

Die rechtliche Auseinandersetzung ist real. Russland stützt einen Teil seiner Regulierung auf Artikel 234 des UN-Seerechtsübereinkommens. Die USA vertreten dagegen die Auffassung, Russland beanspruche entlang der Nordostpassage teilweise weitergehende Befugnisse, als das Völkerrecht erlaube. Und Russland befürchtet, dass die USA Durchfahrtsrechte zu illegalen militärischen Operationen nutzen könnten.

Wird die Arktis zum nächsten Schauplatz globaler Konfrontation?

Die amerikanische Direktive von 2009 und die europäische Strategie von 2026 gehören unterschiedlichen politischen Situationen an. Dennoch machen sie deutlich, dass die Arktis inzwischen als strategischer Raum behandelt wird, in dem Sicherheit, Infrastruktur, wirtschaftliche Interessen und staatliche Präsenz eng miteinander verbunden sind.
Die Vereinigten Staaten formulierten bereits 2009 den Anspruch, ihre Interessen in der Region durch eine aktivere Präsenz und die Projektion von Seemacht zu schützen. Die EU baut 2026 ihre eigenen sicherheitspolitischen und technischen Fähigkeiten aus. Gleichzeitig wird die Region durch den Klimawandel, neue Verkehrswege und die Konkurrenz zwischen Russland, westlichen Staaten und weiteren Akteuren zunehmend strategisch relevant.
Die entscheidende Frage lautet daher nicht, ob die Arktis sicherheitspolitisch bedeutsam ist. Das ist sie. Entscheidend ist, welche Ordnung aus dem Wettbewerb um diesen Raum entstehen soll.
Eine Ordnung, in der Staaten ihre Sicherheitsinteressen ausschließlich durch den Ausbau eigener Fähigkeiten absichern, kann in einen dauerhaften Kreislauf gegenseitiger Bedrohungswahrnehmung geraten. Eine Ordnung, die auf überprüfbaren Regeln, transparenten militärischen Aktivitäten, dem Schutz der Umwelt und belastbaren Kooperationsmechanismen beruht, bietet dagegen zumindest die Möglichkeit, Konkurrenz zu begrenzen.
Daraus folgt ein politischer Prüfauftrag an die EU: Sie muss erklären, wie ihre neuen Sicherheitsfähigkeiten kontrolliert werden,

wie sie sich zu den bestehenden NATO-Strukturen verhalten und welche konkreten Maßnahmen verhindern sollen, dass Schutz und Abschreckung in eine weitere Eskalation münden.
Die Arktis braucht Sicherheit. Doch Sicherheit ist nicht mit militärischer Überlegenheit gleichzusetzen.

Sicherheitsinteressen und Völkerrecht – ein ungelöster Widerspruch

Die Geschichte bietet Gründe, die russische Skepsis gegenüber amerikanischen Sicherheitszusicherungen ernst zu nehmen. 1986 stellte der Internationale Gerichtshof Völkerrechtsverletzungen der USA gegenüber Nicaragua fest. 2003 führten die Vereinigten Staaten den Irakkrieg ohne eine neue ausdrückliche Ermächtigung des UN-Sicherheitsrats; UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete den Krieg später als unvereinbar mit der UN-Charta.
Diese Fälle belegen nicht, dass jede amerikanische Handlung völkerrechtswidrig ist. Sie zeigen jedoch, dass die USA ihre sicherheitspolitischen Ziele in der Vergangenheit auch dann militärisch verfolgt haben, wenn ihre völkerrechtliche Rechtfertigung erheblichen Einwänden ausgesetzt war.
Für Russland ergibt sich daraus eine sicherheitspolitische Frage: Kann es bei der Regulierung der Nördlichen Seeroute auf die erklärte friedliche Absicht fremder Kriegsschiffe vertrauen? Oder muss es auch deren militärische Fähigkeiten und mögliche Einsatzszenarien berücksichtigen?
Umgekehrt rechtfertigt ein solches Misstrauen nicht automatisch jede russische Einschränkung der Durchfahrt. Auch Russland ist an das Völkerrecht gebunden.
Der Konflikt um die Nördliche Seeroute ist deshalb mehr als ein Streit um Schifffahrtsregeln. Er berührt die Grundfrage, ob die Freiheit der Schifffahrt und die legitimen Sicherheitsinteressen eines Küstenstaats miteinander vereinbart werden können, ohne dass die jeweils stärkere Macht ihre Rechtsauffassung einseitig durchsetzt.

Der langfristige Maßstab einer verantwortungsvollen Arktispolitik muss sein, ob sie die Gefahr eines Konflikts verringert, die Rechte der betroffenen Bevölkerung schützt und die Region als Lebensraum erhält – und nicht nur, ob sie die eigene strategische Position verbessert.

Historische Ergänzung zu diesem Artikel:

Wolfgang Effenberger am 25. Januar 2025 auf SUBSTACK: Donald Trumps Arktis-/Grönlandambitionen (2025) auf George W. Bushs Linie (2009) **(16)**

Effenbergers Artikel greift darin ausdrücklich die Arktis-Expertentagung "Kampf um die Arktis" vom 10. Dezember 2009 in Wildbad Kreuth und seine damalige Auseinandersetzung mit Carlo Masala auf
und stellt die US-Präsidentendirektive NSPD 66 vom 9. Januar 2009, mit der George W. Bush die amerikanischen Interessen in der Arktis festschrieb in den Zusammenhang mit Trumps Arktis-Ambitionen.

Quellen für den aktuellen Artikel

1. George W. Bush, White House Archives: National Security Presidential Directive 66 / Homeland Security Presidential Directive 25 – Directive on Arctic Region Policy, 9. Januar 2009. Volltext im offiziellen Archiv des Weißen Hauses
2. U.S. Department of Defense Arctic Strategy. Washington, D.C., 22 July 2024
https://media.defense.gov/2024/Jul/22/2003507411/-1/-1/0/DOD-ARCTIC-STRATEGY-2024.PDF
3. Europäische Kommission: An EU strategy for a rapidly changing Arctic, 20. Oktober 2026. Offizielle Mitteilung.
4. Europäischer Auswärtiger Dienst (EEAS): Europe's Northern Neighbourhood – A New Strategy for the Arctic: Remarks by High Representative Kallas, 20. Oktober 2026. Offizielle Stellungnahme.
5. Reuters: EU unveils new Arctic strategy with focus on security, 20. Oktober 2026. Bericht zur sicherheitspolitischen Neuausrichtung.
6. Reuters: EU still committed to keeping oil, coal and gas in ground in Arctic, new strategy says, 20. Oktober 2026. Bericht zu Klimaschutz, Rohstofferschließung und der Veränderung gegenüber 2021.

1)https://commission.europa.eu/news-and-media/news/eu-strategy-rapidly-changing-arctic-2026-10-20_en?utm_source=chatgpt.com; Dokumentnummer: JOIN(2026) 100 final, vom 20. Oktober 2026.
2)Primärquelle: NSPD-66/HSPD-25, 9. Januar 2009
3)https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2009/01/20090112-3.html?utm_source=chatgpt.com
4)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
5)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
6)https://media.defense.gov/2024/Jul/22/2003507411/-1/-1/0/DOD-ARCTIC-STRATEGY-2024.PDF?utm_source=chatgpt.com
7)https://media.defense.gov/2024/Jul/22/2003507411/-1/-1/0/DOD-ARCTIC-STRATEGY-2024.PDF (Abruf: 23.10.2026)
8)https://commission.europa.eu/news-and-media/news/eu-strategy-rapidly-changing-arctic-2026-10-20_en?utm_source=chatgpt.com
9)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
10)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
11)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
12)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
13)https://www.reuters.com/business/energy/eu-still-committed-keeping-oil-coal-gas-ground-arctic-new-strategy-says-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
14)https://www.reuters.com/world/eu-unveils-new-arctic-strategy-with-focus-security-2026-10-20/?utm_source=chatgpt.com
15)https://www.presidency.ucsb.edu/documents/directive-arctic-region-policy?utm_source=chatgpt.com
16)https://wolfgangeffenberger.substack.com/p/donald-trumps-arktis-gronlandambitionen

---

Köppel über Merz: «Schamlose Ausbeutung des Kriegs für die eigene Macht!»

https://youtube.com/shorts/XUjddsImugc?is=WeHTVN64f-Kag9KH

Rentenpolitisches 22 10 26

Friedrich Merz’ Regierung wirbt für neuen Rentenplan... Kritiker stellen die Prognose von 50.000 Euro im Rentenalter infrage

---

Sozialpolitisches 22 10 26

Ansagen von oben
Allen Wahlniederlagen zum Trotz geht der Angriff der Regierung auf den Sozialstaat ungebremst weiter

Ich habe nicht die Absicht, der Liebling der Nation zu werden.“ Es sind diese Momente, in denen man Friedrich Merz für seine selbstherrlich-ignorante und empathielose Art fast dankbar sein könnte.

Während seine Amtsvorgänger für gewöhnlich mit blumigen Worten an der Legende von der bürgerlichen Demokratie als „Herrschaft des Volkes“ und „einer den Interessen der Mehrheit verpflichteten Regierung“ strickten, macht der amtierende Kanzler bei fast jeder sich bietenden Gelegenheit klar, dass ihn die Meinung großer Teile der Bevölkerung im Allgemeinen und die der arbeitenden Klasse im Besonderen wenig bis gar nicht interessieren.
Das wurde beim „Arbeitgebertag“ des „Bundesverbands der Deutschen Arbeitgeberverbände“ (BDA) in der vergangenen Woche erneut deutlich. Auf die dort gestellte Frage, ob er mit Blick auf unbequeme Reformen bereit sei, persönlich in den Konflikt zu gehen, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibe, antwortete Merz, er sei mittendrin in diesem Konflikt. Er werde weiter dafür kämpfen, dass sich in der Bundesregierung trotz mancher Meinungsverschiedenheiten immer wieder das Richtige und das Notwendige durchsetze. Darunter versteht der Kanzler etwa die Abschaffung der abschlagsfreien Rente für langjährig Versicherte. Wenn man gesund und fit abschlagsfrei früher in Rente gehe, sei das nicht gerecht, und die Rentenversicherung könne es sich nicht leisten, wenn immer weniger Arbeitende immer mehr Rentner finanzieren müssten, wiederholte er das ewig gleiche Märchen neoliberaler Ideologen.
Auch bei den geplanten Änderungen bei Gesundheit, Pflege und Arbeitszeit gilt es für Merz, die Interessen der Kapitalverbände durchzusetzen, im Zweifel gegen alle Kritik. Das ist exakt die Aufgabe, die der Staat als ideeller Gesamtkapitalist in „unserem“ Wirtschaftssystem zu erfüllen hat. Daran ließ BDA-Präsident Rainer Dulger schon zu Beginn der Veranstaltung im Berlin Congress Center keinen Zweifel aufkommen. Es gehe um „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen“ und „mehr Tempo bei den Reformen“. „Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent,

Staatsquote bei deutlich unter 45 Prozent“ – das sei für ihn ein Zielbild, alles andere „ökonomischer Selbstmord“. „Wenn wir jetzt noch die Erbschaftssteuer erhöhen (…), wird hier bald gar keine Maschine mehr montiert“, krakeelte der BDA-Präsident.

„Gute Standortbedingungen entstehen nicht von selbst.“ Sie seien Ergebnis „politischer Führungsleistung“. Das sage er „mit Blick auf diejenigen in der Koalition, die im Bremshäuschen sitzen: Wer bremst, führt nicht. Wer bremst, handelt verantwortungslos.“ Der Kanzler hat die Botschaft aus der Chefetage verstanden. Er erwarte, dass der soeben vereidigte Arbeits- und Sozialminister Alexander Schweitzer ab Mittwochmittag nach der Kabinettssitzung in seinem Ministerium arbeite, sagte Merz. „Und zwar so schnell und so zügig, dass wir die Gesetzentwürfe, die wir verabredet haben, die zum Teil auch schon im Entwurf da sind, so schnell wie möglich ins Kabinett bekommen.“

Idealerweise sei der Rentenentwurf dann nicht nur „durchformuliert“, sondern auch mit den Bundestagsfraktionen und Bundesländern abgestimmt. „Und wenn das erreicht wird in diesem Jahr, dann hat er seinen Job gemacht“, lautet die Ansage des Kanzlers an den SPDMinister. Wer gehofft hatte, dass die Regierungskoalition aufgrund desolater Wahlergebnisse und unterirdischer Beliebtheitswerte des Kanzlers die Sozialstaatsdemontage verlangsamen würde, hat sich gründlich geirrt.

Druck von der Straße und Widerstand in den Betrieben bleiben die einzige Sprache, die die Verantwortlichen im Berliner Regierungsviertel und den übergeordneten Vorstandsetagen verstehen. Daher sollte man sich den 2. Dezember rot im Terminkalender markieren. An dem Tag kommen in Wiesbaden die Arbeits-und Sozialminister zu einer Konferenz zusammen. Mehrere DGB-Bezirke haben bereits Proteste dagegen angekündigt.
Ulf Immelt

Wirrnisse Trump 22 10 26

Trump weiß immer noch nicht, wer die Nutzung von Starlink für die Ukraine eingeschränkt hat.

"Ich weiß nicht, wer das getan hat. Ich war nicht beteiligt", sagte er gegenüber Journalisten, als er gebeten wurde, Kommentare zu Berichten in den Medien abzugeben, wonach Elon Musk den Satelliten-Internetzugang für Ukrainer eingeschränkt habe.

---

tagesschau.de

Interne Lageeinschätzung - Bundeswehr warnt vor russischen Anschlägen

Florian Flade

11–13 Minuten



Exklusiv

Stand: 21.10.2026 • 06:00 Uhr

Die Bundeswehr warnt vor möglichen russischen Sabotageanschlägen auf die eigenen Truppen in Deutschland - das geht aus einer internen Lageeinschätzung hervor, die *WDR* und SZ vorliegt. In dem Papier wurde die Bedrohung erstmals als "erheblich" eingestuft.





Der Zufallsfund eines Landwirts in Niedersachsen sorgt bei der Bundeswehr für eine Neubewertung der Sicherheitslage: Mitte September wurde unweit des Fliegerhorsts Wunstorf eine offenbar abgestürzte Drohne entdeckt. Sie ähnelt in der Konstruktion jener mit Sprengstoff bestückten Drohne, die Anfang August beim gescheiterten Anschlag auf dem Flughafen Leipzig/Halle eingesetzt wurde.

Auch die Wunstorfer Drohne trug eine Konservendose mit hochexplosivem Sprengstoff, sie wurde nur wenige Meter von dem Fluggerät entfernt entdeckt. Der Unterschied: Die Drohne von Wunstorf lag wohl schon zwei Jahre in der Nähe des Bundeswehr-Stützpunkts. Das sollen die technischen Analysen des Bundeskriminalamtes (BKA) ergeben haben. Und die Ermittler gehen davon aus, dass damit - anders als in Leipzig - keine zivilen Frachtflugzeuge angegriffen werden sollten, sondern möglicherweise Flugzeuge der Bundeswehr.

Neue Bewertung der Gefährdungslage

Diese Erkenntnis sorgt nun offenbar für eine neue Bewertung der Gefährdungslage: *WDR* und SZ liegt eine interne Sicherheitsanalyse der Bundeswehr vor. Darin wird die Bedrohung durch russische Sabotage gegen die Bundeswehr erstmals als "Erheblich" eingestuft, die zweithöchste Stufe in der Bewertungsskala. Erstmals geht die Bundeswehr nun davon aus, dass sie selbst hierzulande Ziel russischer Anschläge werden kann.

In dem Papier heißt es mit Verweis auf die Drohnenfunde in Leipzig und Wunstorf: "Die Vorfälle unterstreichen, dass RUS (Russland) seit geraumer Zeit nahezu sicher über die Fähigkeit und sehr wahrscheinlich jetzt auch über die gesteigerte Absicht verfügt, gegen Kräfte und Einrichtungen der BW (Bundeswehr) aber auch Partner wie der UKR (Ukraine) in DEU (Deutschland) vorzugehen."

Mit dem Einsatz von Drohnen "als kinetisches Wirkmittel" habe Russland "eine bisher antizipierte rote Linie der Schädigungsabsicht mit kinetischer und/oder letaler Wirkung" gegenüber Deutschland und der Bundeswehr überschritten, heißt es in der Gefährdungsbewertung. Gemeint ist der Einsatz einer Drohne als Waffe, auch mit potenziell tödlicher Wirkung. "Während der Vorfall LEIPZIG noch mit einer mittelbaren Bedrohung der BW bewertet werden konnte, ist mit dem Vorfall WUNSTORF sehr wahrscheinlich von einer direkten Betroffenheit der BW als Ziel auszugehen."

Strategisch verfolge Russland dabei "sehr wahrscheinlich eine Zersetzungsabsicht, die sich aktuell auf die politische und gesamtgesellschaftliche Schwächung der DEU Unterstützung für die UKR fokussiert", so die Analyse der Bundeswehr. Operativ verfolge Russland das Ziel, jegliche Unterstützung der Ukraine "in Form von Ausrüstung und Ausbildung" zu beschädigen und somit "die Verteidigungsfähigkeit der UKR selbst zu schädigen".

"Kurzfristige Lageverschärfung"

Bislang gingen die Sicherheitsexperten der Bundeswehr davon aus, dass eine erhöhte Sabotagegefahr insbesondere an jenen

Standorten bestehe, an denen ukrainische Soldaten ausgebildet werden, und an Marinestützpunkten und Werften, in denen Kriegsschiffe der Marine liegen. Dort hatte es in den vergangenen Jahren mehrere Vorfälle gegeben, die als Sabotage bewertet wurden.

Nun heißt es jedoch, die Gefahr durch russische Sabotage lasse sich nicht mehr örtlich begrenzen. Es sei, so die Prognose der Bundeswehr, aufgrund der Einschätzungen der Nachrichtendienste eine "kurzfristige Lageverschärfung zu erwarten und mit Aktionen in naher Zukunft zu rechnen".

Mehrere Vorfälle von mutmaßlicher Ausspähung

Bundesweit gab es in den vergangenen Jahren mehrfach Vorfälle, bei denen es zu einer mutmaßlichen Ausspähung von militärischen Liegenschaften und Infrastruktur kam. Und in denen die Sicherheitsbehörden einen russischen Hintergrund vermuten. Dazu zählen mehrere verdächtige Drohnenüberflüge, zuletzt etwa über dem Standort des neuen Raketenabwehrsystems Arrow 3 in Sachsen-Anhalt. Oder über dem Bundeswehrstützpunkt im nordrhein-westfälischen Mechernich. Dort befindet sich ein besonders geschütztes Materiallager der deutschen Streitkräfte sowie die Wartungs- und Instandsetzungseinheit des Flugabwehrsystems "Patriot".

In Minden in Ostwestfalen wurde zudem im vergangenen Jahr eine Kamera an einem Mast auf einem Parkplatz entdeckt, die einen Bahnhof filmte. Die Kamera war nachtsichtfähig, konnte mit einer SIM-Karte einen Livestream übertragen und war mit einem Aufkleber der Deutschen Bahn offenbar getarnt worden. Der

Bahnhof Minden nimmt in den Planungen der Bundeswehr für die Verlegung von Truppen eine wichtige Rolle ein. In der Nähe ist zudem das Deutsch-Britische Pionierbrückenbataillon 130 stationiert, ein spezialisierter Verband, der einzigartig in der NATO ist.

Die Polizei konnte nach dem Zufallsfund der Kamera in Minden einen Tatverdächtigen ermitteln: ein litauischer Kraftfahrer, dessen Wohnung im April durchsucht wurde. Die Staatsanwaltschaft ließ mehrere Datenträger beschlagnahmen, deren Auswertung weiterhin andauert. Russland hat eine Beteiligung an Sabotageaktionen und hybriden Angriffen stets bestritten.

Auf Anfrage erklärt ein Sprecher des Operativen Führungskommandos der Bundeswehr: "Aufgrund der gestiegenen Bedrohungslage geht die Bundeswehr derzeit von einem erheblichen Sabotagerisiko aus." Deshalb stärke die Bundeswehr derzeit präventiv ihre Absicherungsmaßnahmen an ihren Standorten zum Schutz eigener Einrichtungen und des Personals.

Iran 22 10 26

Iranische Quellen geben Details des Russland-China-Hormuz-Vorschlags preis. Al Mayadeen Englisch

Iranische Quellen geben Details des Russland-China-Hormuz-Vorschlags bekannt

Iranische Quellen teilen Al Mayadeen mit, dass Russland und China gemeinsam mit dem Iran einen gemeinsamen Managementplan für die Straße von Hormus prüfen.

Teheran sieht die Vermittlung in Pakistan und Katar nicht mehr als greifbare Erfolge, teilten iranische Quellen **Al Mayadeen** am Dienstag mit, da eine mit China koordinierte russische Initiative eine gemeinsame Verwaltung der Straße von Hormus mit Iran vorschlägt.

Iranische Quellen sagten **Al Mayadeen**, dass Teheran die pakistanische und katarische Vermittlung als ineffektiv betrachtet, um greifbare Ergebnisse zu erzielen, und verwiesen auf Islamabad und Dohas begrenzte Fähigkeit, die US-Position zu beeinflussen. Dies hat Iran dazu veranlasst, alternative Vermittlungswege zu prüfen.

In diesem Zusammenhang sagte der iranische Experte für internationale Beziehungen Mehdi Khan Alizadeh **gegenüber Al Mayadeen**, dass ein neuer russischer diplomatischer Schritt den Weg für Moskau ebnen könne, eine substanziellere Vermittlerrolle zu übernehmen, im Rahmen der Koordination zwischen Russland und den Vereinigten Staaten. Er verwies auf eine russische Initiative, die in Zusammenarbeit mit China entwickelt wurde und eine gemeinsame Verwaltung des Seeverkehrs durch die Straße von Hormus mit Iran vorsieht.

Alizadeh erklärte, dass die Initiative die Straße von Hormus und die Sicherheit im Golf betrifft. Der Besuch des russischen Außenministers Sergey Lawrow in Teheran behandelte diese Themen, während der iranische Präsident Masoud Pezeshkian voraussichtlich Moskau erneut besuchen wird, was die fortgesetzten Bemühungen rund um den russischen Vorschlag widerspiegelt.

Bezüglich der unmittelbaren Prioritäten Teherans betonte Alizadeh, dass das Ende des Krieges Vorrang vor der Nuklearfrage hat. Er

sagte, diese Position folge einer Entscheidung des Führers der Islamischen Revolution und der Islamischen Republik, Sayyed Mojtaba Khamenei, und fügte hinzu, dass Irans derzeitiger Fokus auf der Sicherung eines Waffenstillstands liege, während die Nuklearangelegenheit derzeit nicht zu seinen Prioritäten gehöre.

Diese Entwicklungen fallen mit den Äußerungen von US-Präsident Donald Trump zusammen, der "einen Rahmen für Russland zur Kommunikation mit dem Iran bereitstellen soll", was potenziell mit Moskaus diplomatischen Bemühungen zusammenfällt.

Lawrow besucht Teheran zum ersten Mal seit Kriegsbeginn

- - -

Der russische Außenminister Sergey Lawrow traf am Montag zu seinem ersten Besuch seit Beginn des Krieges gegen den Iran in Teheran ein, da Moskau versucht, eine vermittelnde Rolle zu übernehmen.

Lawrow sagte, Moskaus Bemühungen "zielen darauf ab, die Rückkehr eines umfassenden Krieges zu verhindern."

Unterdessen sagte der iranische Präsident Masoud Pezeshkian gegenüber Lawrow, dass die Errichtung von US-Militärbasen in den Ländern der Region keinen Nutzen für die Region gebracht habe und weiterhin bieten werde, außer den steigenden Spannungen und der Untergrabung der Sicherheit.

Während seines Treffens mit Lawrow sagte Pezeshkian, dass US-Einmischung und spaltende Politik zu Streitigkeiten in der gesamten Region geführt hätten.

Er betonte, dass es keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Iran und den Ländern der Region gebe, und bekräftigte Teherans Bereitschaft, bestehende Herausforderungen durch Dialog und gegenseitiges Verständnis anzugehen.

Pezeshkian sagte außerdem, dass Iran einen gemeinsamen Nenner mit Ländern der Region teilt und konsequent versucht habe, Beziehungen zu ihnen auf der Grundlage brüderlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Zusammenarbeit zu entwickeln.

Araghchi, Lawrow lehnen militärische Maßnahmen ab, fordern Stabilität im Golf

Der iranische Außenminister Abbas Araghchi sagte seinerseits während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Lawrow, dass

Teheran und Moskau übereinstimmen, dass militärische Maßnahmen nicht die Lösung seien. Er fügte hinzu, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zur Stärkung der regionalen Stabilität beitragen.

Araghchi sagte, er habe Lawrow in Teheran zu "wichtigen Gesprächen" zu mehreren Themen aus Europa und Westasien empfangen, darunter Libanon, Palästina, Ukraine und Jemen.

Die Gespräche konzentrierten sich auch auf die Ausweitung der wirtschaftlichen und nuklearen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern. Araghchi betonte, dass die Beziehungen zwischen Iran und Russland nie enger oder kooperativer waren als heute.

Aktuelle Einsatzlage der Flugzeugträgerkampfgruppen der US-Marine.

Die Flugzeugträger CVN-73 (George Washington) und CVN-77 (George H.W. Bush) sind im Arabischen Meer im Einsatz, um die US-Kampagne gegen den Iran zu unterstützen.
Flugzeugträger CVN-71 (Theodore Roosevelt) hat Yokosuka (Japan) verlassen. Es ist geplant, ihn in den Nahen Osten zu verlegen, um die dortigen Streitkräfte zu verstärken. Die Ankunft ist für Ende November geplant.

Kriegstüchtig 22 10 26

„Die Rüstungsmilliarden werden den kaputten Fahrstuhl nicht reparieren!"
Friedensbewegung, Gewerkschaften, Beschäftigte und Studierende in Kassel kämpfen für ihre Zivilklausel
Zwischen Rüstungsriesen wie Rheinmetall und KNDS wirkt die Universität Kassel wie ein kleines gallisches Dorf. Seit dem Jahr 2013 ist in der Grundordnung der Uni eine Zivilklausel verankert. Damit wollen die schwarz-rote Landesregierung und auch die Universitätsleitung nun abschließen. Im Sommer sollte der Senat die Zivilklausel kurzerhand zu einer „Werteklausel" aufweichen, und somit Rüstungsforschung ermöglichen. Ein breites Bündnis stellte sich gegen das Vorhaben, organisierte Protest und hatte Erfolg. Der Senat vertagte die Entscheidung auf November. Das Bündnis aus Studierenden, Beschäftigten und Gewerkschaften organisierte deshalb eine Urabstimmung unter allen Universitätsangehörigen. UZ sprach mit Amalia Hast und Alisa Kötzle, zwei Sprecherinnen der Kasseler Initiative „Zivilklausel bleibt!" .

UZ: *Wie geht es euch beiden? Nach dem großen Erfolg im Juli, als der Senat die Abstimmung zur Zivilklausel vertagte, ging die Arbeit ja erst so richtig für euch los …*

Amalia Hast: Wir sind permanent in unserem Arbeitsfilm und hetzen von einem wichtigen Termin zur nächsten Aktion, zum nächsten Gespräch. Dadurch vergessen wir manchmal selbst ein Stück weit, wie krass das eigentlich ist, was wir hier machen. Zunächst haben wir kurz gefeiert. Wir haben versucht, diesen Zwischensieg wirklich wahrzunehmen und zu sagen: Okay, diese Verzögerung war schon einmal ein Riesengewinn. Das konnten wir erreichen, weil unser Protest ein zutiefst demokratischer Akt war, der auch die Senatsmitglieder überzeugte.

Alisa Kötzle: Die Uni-Leitung hat versucht, unsere Zivilklausel ganz sang und klanglos faktisch abzuschaffen – ohne breite Debatte. Das hat mit einer „demokratischen" Hochschule gar nichts zu tun. Deshalb haben wir innerhalb von drei Monaten eine Urabstimmung unter allen Hochschulangehörigen organisiert, die noch bis Ende kommender Woche läuft. Es hat sich eine

Beschäftigteninitiative „Zivile Uni Kassel“ gegründet mit dem Schwerpunkt, Beschäftigte, Professoren sowie wissenschaftliche und technische Mitarbeiter zu mobilisieren. Außerdem läuft gerade eine Aktionswoche mit vielen verschiedenen Veranstaltungen. Wir wollen Zivilklausel und zivile Wissenschaft überall zum Thema machen.
Wir brauchen die breite Debatte!

UZ: *Wie kommt das bei der Universitätsleitung an?*

Alisa Kötzle: Wir hatten den Senat gebeten, die Entscheidung erst im Dezember zu treffen, damit wir im November die Urabstimmung durchführen können. Dann wären auch alle wieder aus den Semesterferien zurück gewesen, und wir hätten wirklich die Zeit gehabt, eine breite Debatte anzustoßen.
Heraus kam dann der 4. November. Man sieht, die Uni-Leitung versucht immer wieder, uns Steine in den Weg zu legen. Aber davon lassen wir uns nicht einschüchtern.

Amalia Hast: Im Gegenteil: Der breite Rückhalt aus der Universität und der Stadtgesellschaft hat uns dazu ermuntert, über den reinen Erhalt der Zivilklausel hinauszugehen. Jetzt fordern wir in der Urabstimmung eine Stärkung der Zivilklausel. Ziel ist die stärkste Zivilklausel Deutschlands mit einer starken Ethikkommission, die ihre Einhaltung überprüft. Wir haben uns dafür auch rechtliche Unterstützung geholt und Hilfe aus der bundesweiten Vernetzung der Zivilklausel-Aktiven „Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel!“.

UZ: *Die Universitätsleitung hat in der vergangenen Woche bereits zwei eigene Veranstaltungen zur Zivilklausel durchgeführt. In einer wurden zwei „Experten“ eingeladen, in einer anderen durften dann auch Universitätsangehörige sprechen.Wurde die Uni-Leitung dabei ihrem Anspruch auf eine breite Debatte gerecht?*

Amalia Hast: Um ehrlich zu sein, war es deutlich schlimmer, als wir erwartet haben. Bei jeder einzelnen Person, die die Universitätsleitung eingeladen hat, lag ein ganz krasser Bias (Red.: Voreingenommenheit) vor. Die sogenannten Experten wiederholten die Erzählung von der sogenannten „Zeitenwende“. Dafür sei Militarisierung nun einmal nötig – und eben auch die Entkernung der Zivilklausel.

Alisa Kötzle: Im Grunde waren das reine Propagandaveranstaltungen für die Militarisierung mit so absurden Blüten wie: Wir sollten uns schon klar machen, dass der Russe auch Deutschland angreife. Deshalb müsse die Ukraine militärisch unterstützt werden – alles für die westlichen Werte und Demokratie. Zudem waren die Veranstaltungen nur hochschulintern und das wurde von Sicherheitsleuten am Einlass auch überwacht. Darüber hinaus mussten wir bei der Anmeldung einem sogenannten „Code of Conduct" zustimmen: keine Zwischenrufe, keine Banner und keine Parolen, sonst werde man direkt aus dem Saal verwiesen. Es gab keine englische Übersetzung für die internationalen Studierenden und Lehrenden, die ja auch ein Interesse an diesem Thema haben. Diese Veranstaltungen und auch der Umgang des Präsidiums mit uns sind perfekte Lehrstücke dafür, was Demokratie nicht ist.

Amalia Hast: Am Anfang dachten wir, das Präsidium sei wirklich an einer ehrlichen Diskussion interessiert. Bei diesen Veranstaltungen haben wir allerdings gemerkt: Ja, ne – sind sie nicht. Interessant war: Gerade nach den Veranstaltungen sind Menschen auf uns zugekommen, um sich zu erkundigen, wo sie jetzt aktiv werden können. In dem Sinne war das sogar ein kleiner Aktivierungsmoment für viele.

UZ: *Warum ist die Zivilklausel am Rüstungsstandort Kassel eigentlich so bedeutsam?*

Alisa Kötzle: Bevor wir aktiv geworden sind, war vielen nicht bewusst, welches historische Erbe unsere Uni hat. Unsere Uni ist auf dem ehemaligen Henschel-Gelände gebaut. Wo heute studiert, gelehrt und geforscht wird, wurde einst das Rüstzeug für zwei Weltkriege geliefert. Die Stadt lag dafür am Ende des Zweiten Weltkriegs in Schutt und Asche. Ebenso wenig bekannt war die Tatsache, dass man ohne Wissenschaft keinen Krieg führen kann. Deshalb ist die Zivilklausel auch so bedeutsam, weil sie der konkreten Militarisierung heute ein Dorn im Auge ist.
Wir merken seit ein bis zwei Jahren, wie Kassel wieder durchmilitarisiert wird. Wir haben zum einen diesen ewig langen Diskurs um VW in Baunatal. Da geht es um die Frage, ob VW für die Kriegsindustrie produzieren soll. Israelische Rüstungskonzerne wie Elbit siedeln sich in Kassel an und produzieren hier. Alstom, ein Betrieb, der Lokomotiven und Bahnen gebaut hat, ist jetzt an die Kriegsindustrie übergegangen. Wir haben einen Flughafen in

Kassel-Calden, in den Rheinmetall viel Geld investiert, um Kassel zur militärischen Drehscheibe zu machen.

Amalia Hast: Diese wahnsinnige Hochrüstung trifft in Kassel auf eine eher linke Uni, die sich vor ein paar Jahren sogar ein besonderes Nachhaltigkeitsprofil gegeben und ein eigenes Institut – das Kasseler Institute for Sustainability – gegründet hat, um nachhaltige Lösungen für die globalen Probleme der Menschheit zu finden. Seit einem Jahr erleben wir aber diese krassen Angriffe auf alles, was nicht in die Militarisierungslogik passt. Das hessische Wirtschaftsministerium und das Uni-Präsidium haben klar gezeigt: Sie stehen 100-prozentig hinter der faktischen Abschaffung der Zivilklausel und versuchen, das auf Biegen und Brechen durchzudrücken. Es gibt Fachbereiche an der Universität, die bereits Kooperationsanträge mit der Rüstungsindustrie fertig in der Schublade liegen haben. Die warten nur auf den 4. November, wenn der Senat über die Zivilklausel entscheidet. Das wollen wir verhindern!

UZ: *Welche Rolle spielen die Kürzungen für die Hochschulen? Mit dem hessischen Hochschulpakt wurden bis zu 30 Millionen Euro Kürzungen veranschlagt*

…

Alisa Kötzle: Das ist eine absolute Frechheit. Ich glaube, die Unis selber und allen voran das Kasseler Uni-Präsidium wissen noch gar nicht so richtig, wie sie das überhaupt umsetzen sollen.
Wir spüren die Kürzungen schon deutlich: Laufende Verträge bei studentischen Hilfskräften werden eingekürzt, Inklusionsprogramme für internationale Studierende gestrichen, notwendige Sanierungen der maroden Infrastruktur abgeblasen. Während Milliarden ins Militär und auch in die Rüstungsforschung fließen sollen, wird überall gekürzt.

Amalia Hast: Es gibt Veröffentlichungen auf der Uni-Website, in denen das Präsidium aufzeigt, wo sie einsparen wollen. Aber das reicht hinten und vorne nicht. Die stehen da vor einer echten Krise. Gleichzeitig werden uns die potenziellen Gelder aus der Kriegsindustrie als Lösung angeboten. Die Rüstungsmilliarden werden jedoch keinen einzigen kaputten Fahrstuhl an der Uni reparieren. Das sind Drittmittel, die in Professuren und Forschungsprojekte fließen und nicht in institutionelle Ressourcen, die das Mittagessen in der Mensa günstig machen oder den

Seminarraum im kommenden Winter heizen.

UZ: *Welche Bedeutung hat euer Kampf für andere Universitäten und die bundesweite Bewegung gegen Krieg und Hochrüstung?*

Alisa Kötzle: Als gesellschaftliche Linke müssen wir gerade unfassbar viele Kämpfe austragen, und wir müssen besser darin werden, diese Kämpfe zu vereinen. Es ist für uns alle eine anstrengende Zeit. Aber gerade so kleine Erfolge geben einem den Mut, die Hoffnung und auch die Kraft, weiterzukämpfen. Im Kampf um die Zivilklausel in Kassel spüren wir, dass sich viele von unserem Engagement mitreißen lassen. Wir konnten den gewerkschaftlich Organisierten zeigen: Hey, wir als Studierende haben hier ein Feld, wo wir gemeinsam politisch aktiv werden können. Und es funktioniert. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist dabei, ver.di, die Jusos und die Grüne Jugend. Wir haben in dreieinhalb Wochen 800 Leute mobilisiert. 800, die gezeigt haben: Wir wollen das nicht mehr und wollen uns auch nicht mehr damit abfinden.

Amalia Hast: Wir wollen Studierende, Lehrende und Forschende ermutigen, diesen Kampf zu führen und auch zeigen, dass es funktioniert. Wir sind bundesweit vernetzt und lernen aus unseren Fehlern, die wir gerade ganz bestimmt auch machen, aber wir stärken uns gegenseitig den Rücken! Unser Eindruck ist: Genauso geht es richtig, richtig vielen Menschen. Viele wissen vielleicht einfach noch nicht, wo sie anfangen sollen. Das ist sehr verständlich. Wir fragen derzeit in anderen Unis nach: Wie können wir euch helfen? Wie können wir euch mit Kampagnenmaterial unterstützen? Und richtig viele haben Lust und sagen: Nein zu Militarisierung und Kürzungen. Wir wollen die Demokratisierung und nehmen das jetzt selber in die Hand – jetzt reicht’s!

Das Gespräch führte Chris Hüppmeier

Arnold Schölzel
zur Etikette deutscher Journalisten
Geöffnete Mördergrube

Die FAZ hat gegenwärtig drei Herausgeber, manchmal waren es schon sechs. Offenbar ist mit der Verkleinerung des Ideologie- und Politausschusses der deutschen Großbourgeoisie etwas Kontrolle abhanden gekommen. Seit längerer Zeit sieht sich der für Politik zuständige Berthold Kohler nämlich von Waldimir Putin verfolgt, was selbstverständlich nicht heißen soll, dass der Frankfurter paranoid ist. Er verfällt nur bei Erwähnung des Moskowiters in einen Ton, der früher in Kreisen, die sich nach Knigge richteten, zu Naserümpfen führte. Aber Frankfurt am Main, nicht etwa das DDR-verseuchte Frankfurt an der Oder, liegt jetzt an der Ostfront. Da wird nicht argumentiert, sondern geschnarrt.
Als zum Beispiel FAZ-Korrespondent Michael Martens sich am 8. August auf einer Pressekonferenz in Belgrad bei Wladimir Selenski erkundigte, wie „wir Europäer" der Ukraine helfen könnten, „mehr Russen zu töten … russische Soldaten natürlich", schrieb ihn die russische Justiz zur Fahndung wegen „Aufstachelung zu Hass oder Feindschaft" in Massenmedien aus. Nach deutschem Strafrecht hätte sie mehrere Tatvorwürfe erheben können: Paragraph 130 Volksverhetzung (in den 1990er Jahren erntete die FAZ für ihre antiserbischen Pogromtexte noch mehrfach Strafanzeigen), Paragraph 241 Bedrohung sowie Paragraph 111 öffentlicher Aufruf zu Straftaten. Kohler räumte ein, das „Wir" von Martens sei distanzlos gewesen, überwand aber sofort jede Distanz zur NATO-Propaganda und phantasierte von „hybridem" Krieg, davon, „der Westen" müsse sich „entschiedener zur Wehr setzen" und überhaupt sei alles ein Angriff auf die Pressefreiheit und damit den Westen. Wer wie ein Faschist übers „Killen" von Russen redet, ist bei Nazikenner Kohler gut aufgehoben.
Er setzt öfter Putin mit Hitler gleich, das heißt, macht systematisch Faschismus, Krieg und die Völkermorde an Sowjetbürgern und europäischen Juden klein. Am Dienstag war es erneut so weit: Kohler wirft Donald Trump vor, „einem vollständigen Seitenwechsel" nahegekommen zu sein, und malt seine persönliche Phantasie an die Wand: „Fällt die Ukraine in Putins Hand, dann wird er sich mit ihr so wenig zufriedengeben, wie Hitler das Sudetenland und die ‚Resttschechei' **genügten." Alle Hitler, außer uns.**
